

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHE ZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Kabarettist E. K. unsterblich

Eitelkeiten, Applaus, „Henne“ und Politik Seite 3

■ Hisbollah ist schuld?

Prof. Latchinian über den neuerlichen Krieg Israels gegen den Libanon – einen Krieg in der Kette von Kriegen
Seiten 8/9

■ BRD vertiefte deutsche Spaltung

Vor 50 Jahren: NATO-Beitritt statt gesamtdeutscher Wahlen
Seite 12

■ Wird Ingo Steuer nicht gefeuert ...

... fließt kein Cent mehr in die Eiskunstlaufkassen!
Was für ein rachsüchtiger, erpresserischer Innenminister ist doch über uns gekommen.
Seite 13

20

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
6. Oktober

www.
leipzig-
neue.de

**Sag mir, wo die Männer sind.
Sag, wo die Soldaten sind.
Sag mir, wo die Gräber sind.**

WANN

wird man je verstehn?

Collage: Marc Ranstetter, 2006

„Gott mit uns“

– mit diesem Schriftzug auf dem Koppelschloss wurden im 20. Jahrhundert bereits zweimal deutsche Soldaten für das Vormachtstreben der deutschen Wirtschaft geopfert. Wenn Kriegsminister Jung am 21. September in Wilhelmshaven bei der Verabschiedung des Bundeswehr-Flottenverbandes zum Libanon-Einsatz „Gottes Hilfe“ anrief, so weckt das makabre Erinnerungen – und das nicht unbegründet. Ist doch dieser Einsatz nur ein vorläufiger Höhepunkt der ständig wachsenden Aggressivität der bundesdeutschen Außenpolitik. Das Interessengebiet reicht dabei von Westafrika bis China. Waren es zu Beginn der 90er Jahre noch „humanitäre“ Einsätze, eskalierten diese bald über die logistische Unterstützung (AWACS) von NATO-Kampftruppen zu regulären Kampfeinsätzen (Jugoslawien, Horn von Afrika, Afghanistan, Angola), die verschämt als friedensstiftende Maßnahmen bezeichnet werden.

Der bestehende Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah bietet eine günstige Gelegenheit, in diesem Gebiet Einfluss zu gewinnen. Sowohl seitens der USA als auch der EU gibt es seit Jahren die Vorstellung von einer „ethnischen Neuordnung“ des Nahen Ostens. Dabei sollen die Staaten, die sich dem westlichen Hegemoniebestreben widersetzen, zerschlagen werden, während gleichzeitig neue, „willige“ Staatengebilde geschaffen werden. In der US-amerikanischen Militärzeitschrift „Armed Forces Journal“ vom Juni 2006 wurden dazu zwei aufschlussreiche Karten veröffentlicht (in der Redaktion vorhanden). Dass es sich hierbei um durchaus ernst zu nehmende Vorschläge zu ethnizistischen Umsturzversuchen handelt, bestätigte die US-Außenministerin Rice erst kürzlich in einer Pressekonferenz am 21. Juli 2006. Dort sagte sie: „Ich sehe kein Interesse der Diplomatie, zum status quo ante zwischen Israel und dem Libanon zurückzukehren ... Was wir hier sehen ..., das sind die Geburtswehen eines neuen Mittleren Ostens, und ... wir müssen sicher sein, dass wir zu diesem neuen Mittleren Osten vorwärts schreiten und nicht zum alten zurückkehren.“ Angesichts dieser Ausführungen muss man sich fragen, ob der Krieg in Libanon nicht vorsätzlich begonnen wurde, um die Umsturzpolitik voranzutreiben. In dem Fall ist zu befürchten, dass noch viel Blut fließen wird. Bei der Propagierung dieser Ideen spielen vor allem Vorfeldorganisationen der deutschen Politik eine wesentliche Rolle. So arbeitet die Bertelsmann-Stiftung im Rahmen ihrer „Kronberger Gespräche“ ganze Maßnahmebündel aus, um eine Neuordnung für die Länder des „Großen Mittleren Ostens“ zu erreichen. Mit Hilfe einer vollständigen Umgestaltung der wirtschaftlichen und religiösen Institutionen der Länder soll die Voraussetzung geschaffen werden, sie fest an die euro-atlantische Achse zu schweißen.

• HELMUT ULRICH

Nazis – die geschützte Spezies?

Beispiel 1:

Tatsächlich, wo käme unsere freiheitliche Demokratie hin, wenn jeder Anti-Nazi-Symbole verbreiten könnte? Da hat ein deutsches Gericht, das Landgericht Stuttgart, aber die Hacken zusammengeschnitten und einen Mann aus Winnenden stracks zu 3600 Euro verdonnert, weil er unter anderem T-Shirts und Anstecker mit durchgestrichenen Hakenkreuzen verkaufte. Die Richter begründeten die Strafe, der Angeklagte habe Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation verwendet. Selber schuld, der Antifaschist, der allerdings unsere geballte Solidarität verdient. Hätte er die Hakenkreuze original unter die Leute gebracht, wär ihm gewiss nichts passiert. Oder haben all die unzähligen Nazikram-Händler, wie



es sie bestimmt auch in Stuttgart und Umgebung gibt, schon ihre Anklageschriften im Briefkasten?

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, und der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Bundestag, Volker Beck, kritisierten dieses hanebüchene Urteil. Beck sprach von einem „Schildbürgerstreich der Justiz“ und Jelpke unterstrich: „Wer gegen faschistische Gesinnung sichtbar protestieren will, dem bietet sich das durchgestrichene Hakenkreuz als einfaches Symbol an. Daraus die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu machen, verkehrt den Sinn und Zweck der Anstecker und Aufnäher ins Gegenteil. Die NPD klatscht in die Hände ob solcher Gesinnungshuberei.“

Beispiel 2:

„Wir gehen jedoch davon aus, dass 500 bis 1000 gewaltbereite Störer und Steinewerfer aus Leipzig und dem gesamten Bundesgebiet hier sein werden.“ So wird Leipzigs Polizeipräsident Rolf Müller am 17. September lapidar in der LVZ zitiert. Klar, es ist unverschämt von diesen Antifas, mit so einem Protestaufgebot zu drohen, („Sie kommen, um Randalie zu machen“), wo sich doch bloß 150 bis 250 Teilnehmer für die Worch-Demonstration angesagt haben – junge Leute, die halt ihre Rechte auf die Straße nicht gestört sehen wollen. Wenn der Steuerzahler die Kosten für den Einsatz von 2000 Polizisten berappen muss, weiß er jetzt, an wem es liegt, nur an den linken Randalierern. Die Kriminalisierung der Antifaschisten funktioniert. Staatsanwälte und Richter spielen staatsstreu mit. Warum sonst lassen sie nun schon seit Jahren Anzeigen gegen die Anwendung von Pfefferspray gegen friedliche Demonstrationen liegen?

• WART



Argus

Schulden

Leipzigs Oberbürgermeister Jung sortiert zur Zeit das Eigentum der Stadt. Er will herausfinden, was von dem noch nicht an amerikanische Heuschrecken auf Jahrzehnte vermieteten kommunalen Eigentum sich am günstigsten versilbern lässt. Sind es Wohnungen? Oder die Stadtwerke? Oder die Stadtreinigung? Oder zumindest Teile davon? Dass es dabei zu „Kollateralschäden“ kommen kann – etwa dergestalt, dass die Müllmänner dann dreißig Prozent weniger Lohn bekommen, die Strompreise oder die Mieten steigen könnten –, wird einkalkuliert. Und wofür das alles? Für die Schulden, die die Stadt belasten, genauer gesagt, um von ihnen loszukommen. Bluten werden dafür letztlich, mehr oder weniger direkt, alle Bürger dieser Stadt. Und da wäre es doch wohl nicht zuviel verlangt, wenn den Bürgern dieser Stadt ohne Wenn und Aber erst einmal auf den Tisch gelegt wird:

Wofür sind die Schulden gemacht worden? Wer sind die Gläubiger und was verdienen sie an diesen Schulden? Und schließlich: Wer hat diese Schulden zu verantworten?

Grundstein für Fraunhofer Institut

Auf der alten Leipziger Messe, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Biocity, wurde am 22. August der Grundstein für das 2. Fraunhofer Institut gelegt. Neben 100 festen Arbeitsplätzen werden hier weitere für Doktoranten und befristete Mitarbeiter geschaffen. Mit diesem Institut für Zelltherapie und Immunologie profiliert sich Leipzig weiter als zukunftssträchtiger Wissenschaftsstandort. Bis 2008 sollen 25 Millionen Euro Bundes- und Landesmitteln verbaut werden.

• S. SCH.



Foto: G. Märker

In der Augustausgabe 17 '06 veröffentlichte Leipzigs Neue meinen Artikel zur geplanten Auflösung des Schkeuditzer Kulturamtes „Wesentliches nicht begriffen, Herr Bürgermeister!“ Nun gibt es Neues zu berichten.

Als ich erfuhr, dass der Bürgermeister und der Stadtrat von Schkeuditz beabsichtigen, das Kulturamt zu streichen und dessen Aufgaben auf andere Ämter umzuverteilen, rief ich den Redakteur des Schkeuditzer Boten an und erzählte ihm von meiner Absicht, eine Entgegnung zu schreiben. Ob er die sich im Boten vorstellen könne? Der Redakteur stimmt sogleich zu, „er freue sich auf das Manuskript“. Als ich den Text der Redaktion vorlegte, war man davon sehr angetan und versprach schnellstmögliche Veröffentlichung.

In den nächsten Tagen teilte der Redakteur mir mit, dass er meine Wortmeldung aus Platzgründen in der Septemberausgabe nicht mehr unterbringen könne. Dafür zeigte ich Verständnis, zumal er fest versprach, den Text in der nächsten Ausgabe zu veröffentlichen.

Ich war verblüfft, als der Bürgermeister mir bei einer zufälligen Begegnung vorwarf, mit „meinem Problem“ die Öffentlichkeit zu suchen? Er schlug ein persönliches Gespräch vor, was ich aber – hellhörig geworden – erst nach der Veröffentlichung meines Einspruchs annehmen wollte. Ich signalisierte dem Redakteur mein Befremden über die Weitergabe meines Textes. Es war ja abgesprochen, ihn vor der Veröffentlichung nicht aus der Hand zu geben.

An einem der nächsten Tage ließ der Bürgermeister mich von seiner Sekretärin

abermals zu einem Gespräch bitten. Ich wiederholte, dass ich nach der verbindlichen Veröffentlichung meiner Meinung jederzeit gesprächsbereit sei. Mein Misstrauen war wach, doch ich wollte noch immer nicht glauben, dass meine Wortmeldung keinesfalls die Öffentlichkeit erreichen sollte.

Ich teilte dem Redakteur mit, dass ich das Geschehen um meinen Text doch sehr

Gunter Preuß

Neue Seilschaft nach altem Muster?

Wie man im Rathaus Schkeuditz mit dem freien Wort umgeht

merkwürdig fände. Und fragte, ob er denn noch immer zu seinem Wort stehe? Seine Antwort: Die Preisgabe meines Textes gegenüber dem Bürgermeister betrachte er als „sportliche Fairness“, und nun seine Absage: „Eine monatlich erscheinende Stadt- und Heimatzeitung kann keine tiefgründige Diskussion über gesellschaftliche Belange in dieser Größenordnung anstoßen.“ Ein Narr, der da glaubt, dass ihm das nach der Vorgeschichte allein eingefallen ist!

Wenig später erreichte mich ein Brief des Bürgermeisters, der nach Kenntnisnahme meines Textes zuerst „nachdenklich“ wurde, sich dann „selbstkritisch“ prüfte, und schließlich zu dem Schluss kommt: „... bin ich von Ihnen als Mensch enttäuscht“. Und: „Niemals hätte ich erwartet, dass Sie für ein Thema allein die Öffentlichkeit suchen, um Ihren Standpunkt darzulegen und das klärende Gespräch meiden.“

Ich hätte ja, bevor es beschlossene Sache war, die Kultur ohne eigenes Amt zu las-

sen, die Einladung zum Dialog gern angenommen, um meine Argumente vorzutragen und womöglich ein Umdenken zu bewirken. Denn: In einer Welt voller verschleppter Konflikte, Kriege und blindem Hass braucht es bei der sich seuchenartig ausbreitenden Schamlosigkeit – die oftmals sogar als ein Zugewinn von Freiheit und Lebensqualität verkauft wird – nicht die Liquidierung eines Kulturamtes, son-

der seine nachdrückliche Stärkung. Bei einer Entscheidung solcher Tragweite – Streichungen rund um Kultur und Kunst sind in diesem Land ja inzwischen gang und gäbe – nehme ich mir nicht nur das Recht, sondern stelle mich in die Pflicht, meine Meinung dazu ins öffentliche Gespräch zu bringen.

Die Stimme des Bürgers scheint nur zur Wahl mit einem „Ja!“ gefragt zu sein. Aber: Auf dem modulationsbegrenzten tierischen Miau-Miau, Mäh-Mäh, Wau-Wau oder Muh-Muh lässt sich ebenso wenig eine hochentwickelte Kultur aufbauen wie auf dem Bla-Bla einiger menschlicher Zeitgenossen. Die eigene Stimme ist wohl nicht nur in Schkeuditz weitgehend unerwünscht, oder sie wird gar – wie in dieser Sache – unterdrückt. Ein alter Hut: Wenn der Kritiker dann immer noch nicht schweigen will, versucht man seine Standfestigkeit mit Unterstellungen und Tatsachenverdrehungen zu untergraben und ihn womöglich ins

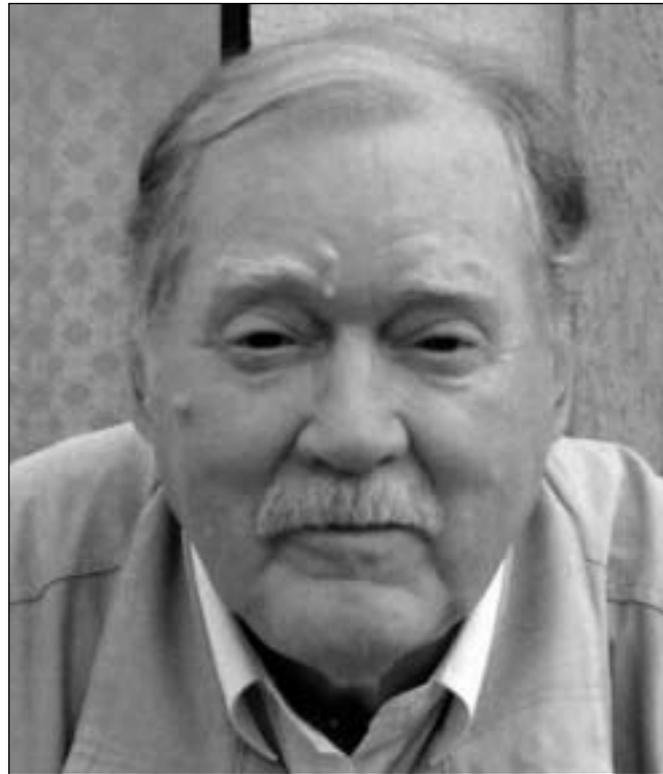
gesellschaftliche Abseits zu stellen. (Das haben ich und andere kritische Kollegen in nunmehr zwei Gesellschaftsordnungen immer wieder zu spüren bekommen.) Neben anderen Verzerrungen ein weiteres Zitat aus dem Bürgermeisterbrief: „Versprechen Sie sich zu diesem Thema mit dem beschrittenen Weg (der Veröffentlichung) einen größeren Erfolg? ... für das Marketing des Schriftstellers Gunter Preuß?“ Mit einem Blick auf die Weltstadt Schkeuditz bleibt das unkommentiert. Und weiter: Da wird mir ein Selbstinterview aus der vor Jahren in Schkeuditz erscheinenden Linie II vorgeworfen, das nur darum zustande kam, weil der Redakteur aus Furcht vor einer Reaktion aus dem Rathaus im Hintergrund bleiben wollte. Vergesslichkeit: Dass das damals weitgehend brachliegende Schkeuditzer Kulturleben nach Jahren fleißigen und phantasievollen Bemühens vieler Bürger durchaus sehenswerte Blüten treiben konnte, ist wohl nicht zuletzt auch meinen angefeindeten Wortmeldungen zu verdanken. Aber heute kann sich der neue Bürgermeister ja mit fremden Federn schmücken. Der Filz von damals scheint im Bürgermeisteramt von heute gute Wachstumsbedingungen zu finden. Fazit: Auch in einer Demokratie sind beileibe nicht immer das Gesetz und die Vernunft die Souveräne, sondern die Macht und das Geld. Politiker, die manipulativ mit Wirklichkeit und Wahrheit umgehen und nur sich selbst Meinungsfreiheit gestatten, sind fehl am Platz. Wenn die Veröffentlichung meines kritischen Textes in Schkeuditz auch verhindert werden konnte, hoffe ich, dass mein Einspruch doch noch unverstellte Blicke und offene Ohren findet.

KÜNSTLER

von
Edgar Külow

*Kunst heißt immer Eitelkeit,
Applaus und Ruhm und Geld,
dazu ein Gran Durchtriebenheit
mit Heiterkeit verstellt,
und viel geschönte Interviews.
Man liebt das Publikum,
den Regisseur, den Genius,
das Stück, das Medium.
Ein autobiographisch Werk
ziert jedes Mimen Wort.
Ein Riese wächst aus einem Zwerg
und pflanzt sich täglich fort.*

*Die Talkshow ist ein süßer Brei
da frisst er sich hinein
und sinnt, wenn er ein Sachsenprinz:
Wie schön, ein Schwein zu sein.
Denn oftmals fühlt er sich als Gott.
Das Volk naht sich ihm leis
und beugt das Knie vor seinem Spott,
vor Schminke und vor Schweiß.
Wer möchte da nicht Künstler sein
und in der Höhe schweben.
Es ist so wunderwunderfein,
in Eitelkeit zu leben.*



„Ich glaube, bei all den Schlägen, die ich gekriegt habe, dass ich ein Linker sein muss in dieser Welt.“

Unsterblich? Eher... nein!

• **Die Lachmesse, Deutschlands größtes internationales Kabarett- und Kleinkunsthauptfestival, stiftet für Sie einen „Stern der Satire“ und macht somit Edgar Külow, seit 60 Jahren auf den Brettern, die ihm die Welt bedeuten, unsterblich. Ein tolles Gefühl mit nun 81 Lenzen ?**

(*atmet sehr tief durch*)... ist es schon. Aber: Unsterblich ... eher nein. Ich spüre doch schon seit Jahren Krankheit in mir und manchmal dachte ich: Das war's, Edgar!

• **Aber: Wut hält jung, gestand ihr Kollege Dietrich Kittner vor kurzem dieser Zeitung. Auch er bekam am Mittwoch einen „Stern der Satire“. Ist Külow auch ein Wütender?**

(*schmunzelt*) Ja, ja, ich bin von Natur aus auch böse. Aber das wird mit zunehmendem Alter sehr, sehr anstrengend. Und der Kittner ist ja auch noch ein bisschen jünger als ich. Ich werde im Alter nicht weiser, sondern etwas leiser, weil es so verdammt viel Kraft kostet „gut“ böse zu sein. Manchmal bin ich den ganzen Tag über die Welt wütend. Das strengt vielleicht an!!

• **Wütend waren Sie sicher auch, weil man Ihnen 1964 als Direktor der Leipziger Pfeffermühle kündigte?**

Das war eine sehr unangenehme Sache, aus politischen Gründen auf der Straße zu landen. Ich will da gar nicht mehr darüber nachdenken.

• **Die Helga Hahnemann half Ihnen damals wieder auf die Sprünge ...**

Ja. Sie arbeitete schon in Berlin, weil sie in Leipzig auch Ärger hatte. Damals waren bei der TELE-BZ, dem tollen Adlershofer Fernsehkabarett, zwei Mann (Manfred Rasch und Günther Haack) tödlich verunglückt. Und die Helga sagte zu den Chefs: Ich kenn' da einen aus der Pfeffermühle, das war mein Direktor, der sitzt jetzt auf der Straße. Wobei so ganz einfach, wie sich das heute hinsagt, war es auch nicht, denn ich fing dann zwar an, wurde aber kurz darauf wieder entlassen, weil der Fernsehintendant Adameck meinte: Wir können den Külow nicht einstellen, wenn den der Paul Fröhlich in Leipzig gerade rausgeschmissen hat. So war das wirklich.



(Külow-Karikatur1964)

Eine klitzekleine Lüge ist was Feines, was Hübsches, was Kleines.
Man meint es gar nicht so,
und der and're merkt es gar nicht und ist froh.
Man ist augenblicklich
sogar glücklich.
Das gilt für Presse, für Versorgung und die Messe!

Entree des verbotenen Pfeffermühlen-Programms : „Woll'n wir doch mal ehrlich sein.“

• **Trotzdem sagt Edgar Külow: „Ich glaube, bei all den Schlägen, die ich gekriegt habe, dass ich ein Linker sein muss in dieser Welt.“**

Stimmt! Das bin ich auch heute noch ... Wir Kabarettisten haben alle einen linken Touch, zumindest die, die ich kenne. Das war ja auch schon in den 20er Jahren so, ist von mir aber insgesamt nicht ganz so eng gemeint. Man muss ja nicht gleich 80 Jahre in der KPD gewesen sein, um als Linker zu gelten.

• **Sondern?**

Das Herz schlägt links ... aber eben mit einer Haltung! Ich erinnere mich übrigens genau, wie die „Henne“ politisch war. Das war nämlich auch eine Linke, schon durch ihr Elternhaus so geprägt. Sie würde sich heute im Grabeumdrehen, wenn sie wüßte, was man da unter ihrem Namen anstellt. Das ganze Gewese um die „Goldene Henne“ ist auch schwer einzuordnen: Künstler für Kunst, Politiker für Politik. Dieses Preis-Durcheinander! Ich schau mir die Chose nicht mehr an. Schon als der dicke Kohl diesen Preis bekam... oh, war ich da wütend!

• **Was raten Sie, damit das Leben erträglich bleibt ?**

Vor allem den Jungen, mit uns Alten nachsichtig zu sein. Das erwarte ich auch von meinen Kindern. Ich bin ja nicht dumm und kann meine Umgebung schon einschätzen: Die sind zu mir alle so nett. Und dann gehen sie raus und sagen: Ach ja, unser Papa, ganz schön tummelig geworden ... was der für Macken hat! Glücklicherweise kann ich im Alter, was ich vorher gar nicht konnte, alles erzählen, was sich bei mir abgespeichert hat. Mir geht's manchmal wie Goethe: Kann gar nicht mehr unterscheiden, was Dichtung und Wahrheit ist. Du kannst erzählen und alles kann wahr sein. Und keiner kann's kontrollieren, weil die Zuhörer alle jünger sind (*lautes Lachen*). Da kommt im Alter Freude auf. Und – wer's kann – sollte ein Buch schreiben. Das wird nun garantiert mein Letztes, darum der Titel: „Koslowski macht das Licht aus“.

LN-Lachmesse-Tipp: Am 20.10. um 20.00 Uhr, in der Kunsthalle der Sparkasse: „Koslowskis Abenteuer.“

• **DEN „UNSTERBLICHEN“ SPRACH MICHAEL ZOCK**

Sterne der Satire



Sie sind zu entdecken in der Fußgängerzone in Mainz. Auf dem Romano-Guardini-Platz sind zur Zeit 40 Sterne bedeutender deutschsprachiger Kabarettisten mit Initialen und Unterschrift verewigt. So erinnert der betreuende Verein an die „Unsterblichkeit des Kabarets“.

Zu den Unsterblichen zählen u.a. Hugo Ball (1886–1927)

Ortrud Beginnen (1938–1999)
Blandine Ebinger (1899–1993)
Heinz Erhardt (1909–1979)
Werner Finck (1902–1978)
Kurt Gerron (1897–1944)
Valeska Gert (1892–1978)
Fritz Grünbaum (1880–1941)
Ursula Herking (1912–1974)
Dieter Hildebrandt (*1927)
Hanns Dieter Hüsch (1925–2005)
Erich Kästner (1899–1974)
Lore Lorentz (1920–1994)
Gisela May (*1924)
Erich Mühsam (1878–1934)
Joachim Ringelnatz (1883–1934)
Kurt Tucholsky (1890–1935)
Karl Valentin (1882–1948)
Claire Waldoff (1884–1957)
Herbert Bonewitz (*1930)

Mit Dietrich Kittner (*1935) und Edgar Külow (*1925) erhielten am 5. Oktober dieses Jahres zwei Künstler zu Lebzeiten einen Stern, die sich ausdrücklich dem politischen Kabarett verschrieben haben.





Splitter aus der Stadtratssitzung

Einnahmen „verfrühstückt“

Mit einer Rede der Finanzbeigeordneten Bettina Kudla wurde der Haushaltplanentwurf für das kommende Jahr in den Stadtrat eingebracht. Von den rund 140 Mio. Euro für die Kosten der Unterkunft der 49 000 Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV- und Sozialgeldempfängern, muss die Stadt 29 Prozent tragen. Damit werden die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer „verfrühstückt“. Der Entwurf weist einen Fehlbetrag von 47 Mio. Euro aus.

Bonus für Studenten bleibt

Auch „Bachelor- und Master“-Studenten erhalten den so genannten Zuschussbonus, da ein SPD-Ergänzungsantrag im Ergebnis harter Diskussionen in den Fraktionen und Ausschüssen sowie kontroverser Debatte im Stadtrat nun beschlossen wurde. Ursprünglich war mit der Vorlage beabsichtigt, Studenten, die über die Regelzeit hinaus studieren, den Bonus nicht weiter zu zahlen.

Gegenstimmen bei Brückenbau

Der Brückenbau der Straßenverbindung Semmelweiß-/Kurt-Eisner-Straße wird im kommenden Jahr begonnen. Das beschloss der Stadtrat bei Gegenstimmen und Enthaltungen aus der Fraktion Linke.PDS, um den Bau des „Trogas“ der neuen Ausfahrt des City-Tunnels nicht zu behindern. Die Straßenverbindung soll bis zum Jahr 2010 fertig sein.

Neue „Besen“ ?

Die Bürgermeister für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, für Umwelt, Ordnung und Sport sowie für Wirtschaft und Arbeit – Prof. Thomas Fabian, Heiko Rosenthal und Uwe Albrecht – haben ihre Tätigkeit aufgenommen.

Endlich in Leipzig zeigen ...

11 000 jüdische Kinder auch über Leipzig nach Auschwitz deportiert

Skandalös: Der Vorstandsvorsitzende der deutschen Bahn AG, Dr. Mehdorn, lehnt es weiterhin ab, mit Beate Klarsfeld aus Paris und den deutschen Initiatoren des Gedenkens an 11 000 deportierte jüdische Kinder zu sprechen. Auch der – man lese – achte Versuch eines Treffens im Verkehrsministerium scheiterte kürzlich wegen Abwesenheit der Bahn. Einen ähnlichen Eklat gab es bereits im Juli, als anberaumte Gespräche wenige Stunden vor dem Termin abgesagt wurden. Seit zwei Jahren unterstützen und fordern internationale Organisationen und Persönlichkeiten: Die Bahn AG möge der deportierten Kinder gedenken, die 1944 mit Zügen der Deutschen Reichsbahn von Frankreich nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden. (Auch LN berichtete über diese Tatsache mehrfach.)

Eine identische Ausstellung wanderte über mehrere Jahre durch 18 Bahnhöfe der französischen Staatsbahnen SNCF, darunter durch den Pariser Gare du Nord. Auch die holländische Bahngesellschaft erinnerte in den Niederlanden an die schrecklichen

Deportationen.

„Die erneute Weigerung der Bahn AG, mit den Nachfahren der französischen Opfer zusammenzutreffen, stellt eine Eskalation dar. Dem werden wir entsprechen und in den kommenden Monaten unbeirrt unsere Forderungen vertreten – überall dort, wo die Deportierten ihre letzte Reise antreten mussten“, sagt der Pressesprecher der Initiative Hans Rüdiger Minow. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit ist hiermit herausgefordert. In dieser Situation ist natürlich Leipzig als Stadt des europaweit bekannten Hauptbahnhofes besonders in der Pflicht. Denn die Ausstellung weist nach, dass Deportationszüge auf ihrem Weg von Le Bourget bei Paris über den so genannten Güterring bei Leipzig geführt wurden.

Auf der Stadtratssitzung am 20. September 2006 ging Volker Kūlow (Linkspartei) auf bisher vergessene oder verdrängte Fakten ein: „Die Deportationen rollten nicht nur über den Eisenbahnknoten Leipzig, sondern machten laut Zugablaufplan hier Station. Die Publikation von Serge und Beate Klarsfeld beweist, dass mindestens 36 Kinder und Jugendliche

zwischen vier und siebzehn Jahren aus Leipzig stammen.“

Einer von ihnen hieß Georg Neugass. Seine Eltern hatten in der ersten Fluchtwellen mit ihren Kindern im März 1933 ihre Heimatstadt Leipzig verlassen. Hier wohnten sie in der Karl-Tauchnitz-Straße 19. Die Familie fand in Paris ein bescheidenes Auskommen. 1942 wurde sie während einer Razzia verhaftet und interniert. Es erfolgte die Deportation nach Auschwitz.

Die Deutsche Bahn AG vermochte es bis zum heutigen Tage nicht, die Verbrechen ihrer Vorläuferorganisation eindeutig zu bewerten und publik zu machen. Die Stadt Leipzig und ihr Bahnhof haben jetzt die Chance der öffentlichen Darstellung.

Wie bekannt, bereitet das Stadtgeschichtliche Museum die Sonderausstellung „Deportation der Juden aus Leipzig zwischen 1942 und 1945“ vor.

Die Stadtratsfraktion der Linkspartei ergriff die Initiative, dass 2007 zur Jüdischen Woche die Dokumentation von Beate und Serge Klarsfeld in unserer Stadt gezeigt wird. Natürlich sollte das im Bahnhofsgelände ge-

Leben miteinander gestalten

Die Interkulturelle Woche in Leipzig bot auch dieses Jahr wieder reichlich Gelegenheit, etwas über Traditionen, Ansichten und Konflikte ausländischer Mitbürger zu erfahren. Manche Menschen müssen Vorbehalte überwinden, sich auseinander-

setzen und sich mit dem scheinbaren oder tatsächlichen „Fremden“ beschäftigen. Vielfalt erzeugt bekanntlich eine Faszination.

Eine erfolgreiche Integration kann nicht allein auf die Politik abgeschoben werden. Wir müssen anderen eine faire Chance geben, damit sie sich zu rechtfinden und eingewöhnen. Es war auch diesmal ein gegenseitiges Geben und Nehmen. • H. G.

Wer marschiert dort im Dunkeln mit?

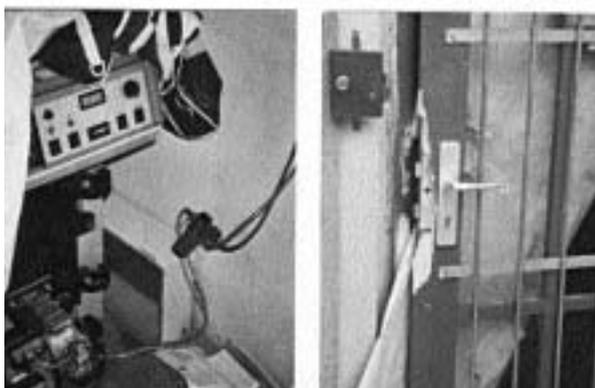
Die Stadt Leipzig legt viel Wert auf das Motto „Courage zeigen!“ Es ist gewiss mutig, sich gegen Zerstörer der Gesellschaft zu wenden, mit einer Aktion, die diesen Namen verdient.

Wer sich erinnert: Im April fand denn auch eine Tradition ihre Fortsetzung, die bisher ihrem Namen Ehre machte. In unmittelbarer Nähe der bezahlten Konzerte am Völkerschlachtdenkmal traf sich viel Volk. Über 25000 Menschen kamen dieses Mal.

Nahebei hat sich ein kleines Museum mit dem schönen Namen „Spielzeugmuseum der DDR“ etabliert, das der Verein „Mehrweg“ e.V. als eines seiner wichtigsten Projekte betrachtet.

Nun muss auch dieser Verein um seine Existenz bangen. Zehn Mitarbeiter, die er neben vielen ehrenamtlichen Förderern beschäftigt, sind an den Rand der Existenz geraten. Vandalen hatten im Anschluss an ein Konzert am Völkerschlachtdenkmal, in der Nacht vom 30. April 2006 zum 1. Mai 2006, ihr Domizil verwüstet. Die Heizungsanlagen sind zerstört, weiterer Sachschaden wurde angerichtet und Hilfe scheint nirgends in Sicht. Deshalb wenden sich die Projektbetreiber dieses einzigartigen Museums in Deutschland nun voller Verzweiflung an die Öffentlichkeit.

Die Stadt Leipzig und die Polizei sehen sich bisher außerstande, ihren rechtlichen Pflichten nachzukommen und den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Viele Exponate sind unwiederbringlich verloren. Geschenke an das Museum – wie eine schöne Orgel – wurden vernichtet. Ein Sachschaden von mehr



als 3000 Euro schlägt zu Buche.

Wer das Spielzeugmuseum besucht, ist immer wieder erstaunt, mit wie viel Liebe und Sorgfalt dort den Spielzeugen der heutigen Elterngeneration begegnet wurde. Umso bedauerlicher ist es, wenn der frisch gekürte OBM Leipzigs, Burkhard Jung, die Mitarbeiter des „Mehrweg“ e. V. in die Nähe einer „DDR-Verherrlichung“ rückt.

Weshalb geschieht hier nichts? Müssen erst Farbbeutel das „Völki“ schmücken oder Anlieger, wie das große „Schlachtenpanorama“, zerbrochene Scheiben bieten? Nein! Man tut nichts und zerstört jeden selbstlosen Einsatz!

Übrigens ist das „Mehrweg“-Projekt keineswegs das Verdienst der „ewig Gestrigen“, sondern durchaus als kritisch und verdienstvoll anzusehen. „Toll, womit unsere Eltern gespielt haben!“, meint der ehrenamtliche Vorsitzende Michael Oertel. Auch die jetzt Älteren – Mütter und Väter, Omas und Opas – sind immer wieder überrascht über so manches neue, alte Spielzeug, und die Enkel danken es ihnen nicht nur mit freundlichem Interesse. Das DDR-Spielzeugmuseum wäre auf dem Weg, eine „Begegnungsstätte für Jung und Alt“ zu werden.

Das Spendenkonto des Vereins „Mehrweg“ e.V.:

BLZ: 860 555 92

Konto Nr.: 1 100 770 220 Betreff: 5646

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL



Nun gibt es zwar Belege, dass DGB-Boss Michael Sommer die Linkspartei nicht besonders mag – wie sonst hätte er vor Jahr und Tag die Montagsdemonstranten gegen Hartz IV energisch gewarnt, sie würden sich vor den Karren der PDS spannen lassen? Nichtzuletzt diese DGB-Haltung und die damit zusammenhängende Zerplitterung der Aktionen trug dazu bei, dass die damals lodernden Massenproteste wieder erloschen.

Von den Profilierungsallüren einiger Kundgebungsanführer, die das ihre taten, dass die Betroffenen zuhause blieben, sei vornehm geschwiegen. Möchte ein Michael Sommer die Linken sonst also lieber nicht im Boot haben, der vom DGB beschlossene bundesweite Aktionstag am 21. Oktober 2006 in Berlin wird ohne die Unterstützung, ohne die mobilisierende Kraft von Linkspartei und WASG kaum so erfolgreich sein, wie es notwendig ist, um Merkel und Co. genügend einzuheizen.

Deshalb unterstützen die Linkspartei, PDS Sachsen und die WASG Sachsen diesen Tag des Protestes. Denn ihr Ziel ist, ihre, aber auch die gewerkschaftlichen Vorstellungen an die Entscheidungsträger in Regierung und Parlament an die Betroffenen dieser Politik heranzutragen und sie gleichzeitig aufzuklären und zu mobilisieren.

Weil der Klügere, also die Linken, Sommers Ausfälle gegen sie im Interesse der Sache gelassen hinnehmen, wollen auch wir von LN nicht kleinlich sein und des DGB-Vorsitzenden Ausführungen vor Journalisten dokumentieren, mit denen er den Aktionstag begründete. Zwar hat er in alter Manier bei der Nennung von Parteien und Fraktionen, die die DGB-Forderungen unterstützen, wieder konsequent die Linkspartei vergessen. Beschämend. Die Medien, die seinen „Verbündeten“ nahestehen, dürften seine ja trotzdem regierungstreue Rede kaum komplett publik gemacht haben.

Statement des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zum Aktionstag am 21. Oktober

„Das geht besser. Aber nicht von allein!“

Vor ziemlich genau einem Jahr haben die Bürgerinnen und Bürger einen neuen Bundestag gewählt. Sie haben einer Großen Koalition den Regierungsauftrag erteilt. Aber sie haben mit ihrem Votum klargestellt, dass es bei Reformen sozial gerecht zugehen muss. Der DGB und die Gewerkschaften hatten sich im Wahlkampf deutlich positioniert. Für eine Politik der sozialen Reformen. Diesen Maßstab legen wir natürlich auch an die aktuelle Politik an. Unter sozialer Reformpolitik verstehen wir,

- dass es bei einer solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens bleibt,
- dass die gesetzliche Rente für ein Leben

sen, teils erst in Eckpunkten bekannt sind, werden aus unserer Sicht keiner sozialen Politik gerecht. Trotz anziehender Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen hält die Große Koalition an der größten Steuererhöhung aller Zeiten fest. Im kommenden Jahr wird die Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Konsumenten um 30 Milliarden Euro erhöht. Wir finden: Angesichts der neuen Zahlen sollte die Koalition ihren Kurs zu Gunsten von Beschäftigung und Wachstum korrigieren – und die massiven Steuererhöhungen rückgängig machen. Völlig unverständlich ist, dass die Regierung Merkel Konzernen fünf Mil-

derprogramm für 50 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze auf so vielfältigen Widerstand stößt.

Dabei wollen wir helfen, 50 000 Jugendlichen, die seit Jahren auf einen Ausbildungsplatz hoffen, eine gute Lebensperspektive zu bieten. Wir geben die Hoffnung aber nicht auf: Sowohl Ministerpräsidenten der Union, die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bund und Ländern und der Grünen-Chef Reinhard Bütikofer unterstützen unsere Forderung. Und – last but not least – gibt es auch Fortschritte zu verzeichnen. Wie die Einführung eines Mindestlohnes für Gebäudereiniger. Aber auch eine halbe Million Zeitarbeiter warten auf diese Sicherheit. Wir haben die Vorarbeiten geleistet. Jetzt ist die Regierung am Zug.

Die Gewerkschaften werden die Reformpolitik der Koalition im Herbst intensiv begleiten. Unsere Aktivitäten bündeln wir unter dem Slogan:

„Das geht besser. Aber nicht von allein!“ Für den 20. September haben wir Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die anstehenden Gesetzesänderungen zu diskutieren.

Für den 21. Oktober rufen wir unsere Kolleginnen und Kollegen, besorgte Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an Demonstrationen in Berlin, Dortmund, Wiesbaden, Stuttgart und München auf. Es gibt Gerüchte, wir wollten mit den Kundgebungen der Regierung schaden oder gar eine andere Koalition herbeiführen. Genau das ist nicht unsere Absicht. Wir verhandeln mit der Bundesregierung und den Fraktionen der Großen Koalition hart in der Sache. Aber wir verstecken unsere Kritik nicht. Für uns ist die gesellschaftliche Einflussnahme auf Politik wie die Teilnahme an unseren Kundgebungen gelebte Demokratie, das Gegenteil von weit verbreitetem Politikverdrossen.

Es fehlt nicht an unseren Vorschlägen, wie das Sozialsystem und die Steuerpolitik gerecht gestaltet werden können. Wir haben Eckpunkte für eine Erneuerung der Mitbestimmung unterbreitet. Und wir haben mit unserem Aufruf klargestellt, wofür wir stehen und was wir ablehnen.

Der 21. Oktober ist nur ein Meilenstein von vielen, mit denen wir die Regierung zu besseren Reformen bewegen wollen. Mit Anhörungen und öffentlichen Veranstaltungen werden wir in diesem Herbst auf die politische Agenda Einfluss nehmen. Die Sozialstaatsreformen der letzten 30 Jahre sind Stückwerk geblieben und bedeuteten in vielen Punkten nichts anderes als eine Umverteilung von unten nach oben.

Im kommenden Jahr werden wir dann unsere Vorstellung für eine umfassende Sozialstaatsreform diskutieren. Dazu bereiten wir derzeit eine internationale Konferenz in Berlin vor, um die notwendige Erneuerung unseres Sozialstaates auf ein solides Fundament zu stellen.

Wir werden einen Weg in die Zukunft des Sozialstaates aufzeigen. Wir werden und können nicht zulassen, dass die soziale Sicherheit, nach der sich Millionen sehnen, weiter untergraben wird.

DIE LINKE. PDS Für eine sozialere Gesellschaft WASG Die Wahlalternative

Im Herbst dieses Jahres stehen wichtige gesetzliche Änderungen mit weit reichenden Auswirkungen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an. Schwerpunkte sind **die Gesundheitspolitik, die Rentenpolitik, die Verschärfung von Hartz IV, Mindestlöhne und die Steuerpolitik.** Die Gesetzgebung wird im Herbst 2006 eingeleitet. Da die Terminlage der Gesetzgebung unübersichtlich ist, können sich die Planungen nicht unmittelbar an den Gesetzgebungsverfahren orientieren. Deshalb sollten wir uns wie die Gewerkschaften über den Herbst hinaus zu unseren Vorstellungen positionieren und mobilisieren, denn es ist zu erwarten, dass die Gesetzgebung zur Rentenreform sich bis zum Frühjahr erstrecken wird. Zudem beginnt zum Jahresanfang 2007 die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, so dass sich die sozialpolitische Auseinandersetzung auch auf das EU-Sozialmodell erstrecken wird.

Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf: Unterstützen Sie eine Politik, die das Leben und Arbeiten der Menschen wirklich verbessert.

Demonstrieren Sie mit uns am 21. Oktober 2006

in Berlin.

Informieren Sie sich bei Ihrer Gewerkschaft oder bei PDS- und WASG-Büros. Es werden Busse organisiert und andere Mitfahrgelegenheiten.

in Würde reicht,

- dass Arbeit nicht arm machen darf,
 - dass der Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz gewahrt bleibt, dass die demokratischen Rechte der Beschäftigten weiter entwickelt werden und
 - dass auch Konzerne ihren Teil zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen müssen.
- Unübersehbar macht sich in Deutschland eine gewisse Enttäuschung über die Große Koalition breit. Die Umfragewerte für die beiden Volksparteien sind erschütternd schlecht. Das erfüllt mich mit Sorge. Denn wir brauchen in einer Zeit, in der immer mehr Menschen sich unsicher fühlen, eine starke, von der Zustimmung der Menschen getragene Regierung. Diese Zustimmung wird sie aber nur erhalten, wenn sie eine sozial gerechte Politik betreibt.

Viele Reformen, die teils schon beschlos-

liarden Euro Steuern schenken will – nach anderen, auch seriösen Rechnungen summieren sich die Steuergeschenke sogar auf 16 Milliarden Euro.

Die geplante Gesundheitsreform führt nicht nur zu einer einseitigen Belastung der Versicherten. Mit dem Gesundheitsfonds soll ein bürokratisches Monstrum geschaffen werden. Zugleich würde die demokratische Selbstverwaltung der Beitragszahler ausgehebelt.

Die angedachte Rente mit 67 ist faktisch ein Programm zur schleichenden aber drastischen Rentenkürzung. Die Union möchte weiter den Kündigungsschutz schleifen und es fehlen nach wie vor zehntausende Ausbildungsplätze. Auf Dauer wird nur eine Ausbildungsumlage die Erosion der Berufsausbildung lösen. Aber es ist angesichts dieser Not für mich vollkommen unverständlich, wieso das von uns vorgeschlagene Son-



Ladenschluss-Hektik

Der sächsische DGB-Vorsitzende, **Hanjo Lucassen**, kommentiert die plötzliche Eile des Landtags beim Thema Ladenschluss:

„Erst in der Sommerpause in den Tiefschlaf zu fallen und dann innerhalb einer Woche den Ladenschluss zu kippen ist ein unwürdiges Spiel.“

Besonders die CDU scheint sich überhaupt nicht für die Interessen der klein- und mittelständischen Händler und der Beschäftigten zu kümmern. Rund um die Uhr können nur die großen Ketten öffnen. Beim gnadenlosen Verdrängungswettbewerb sind die klein- und mittelständischen Händler die Verlierer. Das führt zu einer weiteren Verödung der Innenstädte.

Die bisherigen Ausweitungen der Ladenschlusszeiten haben nicht den weiteren Beschäftigungsabbau im Einzelhandel verhindern können. In Sachsen ging trotz Umsatzsteigerung die Beschäftigung im Jahr 2005 um 1,3 Prozent zurück, bei den Vollzeitbeschäftigten sogar um 4 Prozent. Mit einer Ausweitung des Ladenschlusses wären weitreichende gesellschaftliche Folgen verbunden – Zeiten des Nahverkehrs, Kinderbetreuung, Arbeitsschutz und Sicherheit der Beschäftigten wären berührt.“ Eine Mehrheit der Sachsen aber, so Lucassen, sieht beim Ladenschluss keinen Änderungsbedarf.

Milbradts Familiensplitting

Die neueste Gewinnspiel-Idee unseres Ministerpräsidenten

LN. Sachsens Ministerpräsident, ehemals Finanzminister, plädiert erneut für das sogenannte Familiensplitting bei der Steuer. Hierbei wird das Familieneinkommen fiktiv auf die Eltern und alle Kinder verteilt. Worauf das hinausläuft, macht der familienpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, **Falk Neubert**, klar:

„Einkommensmillionäre und auch andere Besserverdienende können durch Milbradts Modell Steuern im fünf- bis sechsstelligen Bereich sparen. Sollten sie nicht

genügend eigene Kinder haben, lohnt sich für sie sogar eine Adoption wie bisher eine Immobilienkauf als Steuersparmodell.

Die ärmsten Kinder dieser Gesellschaft hingegen, die Kinder von Alg-II- und Niedriglohneempfängern, erhalten durch das ‚Familiensplitting‘ keinen müden Cent mehr. Wo kein steuerpflichtiges Einkommen mehr ist, kann durch kein Splittingmodell etwas gespart werden.

Nach Expertenmeinung vom DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaft) müsste die große

Mehrheit der ostdeutschen Normalverbraucher bei Einführung des Modells eine Einbuße hinnehmen. Besonders Alleinerziehende mit einem Kind würden schlechter gestellt.

Den Kindern und Familien am unteren Ende der Gesellschaft kann nur geholfen werden, wenn die Gutverdienenden der Gesellschaft ohne piffige Sparmodelle ordentlich Steuern zahlen, damit der Staat etwas für die in Armut lebenden Kinder – aber auch für alle anderen Kinder – tun kann.“



27. September: Vor dem Landtag macht die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenschutzhäuser auf die finanzielle und personelle Notlage der Schutzeinrichtungen aufmerksam. Eingereicht hat sich MdL Dr. Cornelia Ernst, Landeschefin der Linkspartei. Mit einer Delegation der Frauen traf sich MdL Horst Wehner (Linksfraktion).



28. September: Beschäftigte des Landes und der Kommunen demonstrieren vorm Landtag gegen die geplante Sparreform für Kreise und Verwaltung. Linksfraktionsvorsitzender Prof. Dr. Peter Porsch: „Wir schauen dieser ‚Reform‘, die mehr deformiert als reformiert, nicht tatenlos zu, sondern machen im Landtag weiter Druck.“

Rufmord-Quelle

LN. Der Initiator des wochenlangen Kesseltreibens gegen die jetzige Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) ist aufgedeckt. Die Linksfraktion des Landtags wies nach, dass die Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung Angelika Barbe (früher SPD, jetzt CDU) Verfolgten-Verbände zu einer Tagung eingeladen und ein Memorandum gegen Stange vorbereitet hatte. SPD-Fraktionschef Cornelius Weiss sieht darin eine „niederträchtige Aktion gegen die SPD“. Frau Barbe habe die Landeszentrale für politische Bildung „in tiefsten Verruf gebracht“.

„Auf Augenhöhe mit dem Louvre“

Wie einer dpa-Korrespondenz zu entnehmen ist, hat der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, Martin Roth, die Kulturpolitik des Freistaates Sachsen heftig kritisiert. Die Museen könnten den laufenden Betrieb kaum aufrechterhalten. „Wir werden über kurz oder lang mit Schließungen beginnen müssen.“ Obwohl die Gewinnerwartungen des Finanzministers jährlich deutlich steigen, würden die Zuschüsse an die Museen extrem gekürzt. Roth wirft dem Freistaat vor, nur Geld für den Auf- und Ausbau der Museen zu haben, nicht aber für die tägliche Arbeit. Im zuständigen Finanzministerium regierten hauptsächlich „Destruktivität oder Ignoranz“ gegenüber allem Schönen. Bei der Wiedereröffnung des Historischen Grünen Gewölbes, so Roth, habe Sachsens Ministerpräsident Milbradt gesagt, die Dresdner Museen befänden sich in Augenhöhe mit Louvre und Metropolitan Museum. „Der Louvre hat 2000, das Metropolitan 2500 Mitarbeiter.“ Dresden dagegen müsse seinen Personalbestand für Museen von 450 auf 259 Mitarbeiter reduzieren.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im September

Wenn der Lohn nicht reicht ...

Was Dr. Zehr von der Arge Leipzig besonders beunruhigt: Die Anzahl der „nichtarbeitslosen Arbeitsgeld-II-Empfänger“ steigt – im Arbeitsagenturbezirk Leipzig im September um 693. Hier sind 30 852 Beschäftigte auf Hilfe angewiesen! Eine privatisierte Stadtreinigung, so Zehr, würde den Trend fortsetzen.

Erst vor diesem Hintergrund des Minijob-Elends sind die Angaben über sinkende Arbeitslosenzahlen richtig zu bewerten. Die üblichen verstärkten Einstellungen nach der Urlaubspause wirkten sich in den alten Bundesländern spürbar, im Osten eher gering aus. Im **Agenturbezirk Leipzig** (Stadt + Umland) sank die Anzahl der offiziell Arbeitslosen gegenüber August um 1231 auf 69 524. Die Arbeitslosenquote ist mit 17,7 Prozent (August: 18) wie bisher die zweithöchste des Landes (Durchschnittsquote Sachsen 15,9). Die Stadt Leipzig liegt jetzt bei 18,2 Prozent! Noch immer bedrückend der nur gering gesunkene Zugang an Arbeitslosen. Im Agenturbezirk wurden im September 8588 Menschen arbeitslos. Davon 2488 nach Abschluss der Ausbildung! Da in Sachsen insgesamt fast 50 000 Jugendliche unter 25 keine bezahlte Arbeit haben, fordert MdL **Caren Lay** (Linksfraktion) von der Landesregierung, Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds endlich wirkungsvoll zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen. Für höherqualifizierte Stellensucher hat Leipzigs Arbeitsagenturleiter Dr. Meyer eine gute Nachricht: Über 100 Offerten für längerfristige Jobs liegen vor – „so viel wie lange nicht“. Ansonsten steht es 9:1 beim Bewerben um eine Stelle. **• G. BRAUN**

19. September

Leipzig. Funktionäre der sächsischen WASG fordern Rücktritt des Vorstands und einen Sonderparteitag. Mangels Teilnehmern sei der jüngste Parteitag nicht beschlussfähig gewesen. Hinter der Forderung stehen politische Differenzen.

Meerane. Die Polizei meldet einen Brandanschlag auf den ehemaligen PDS-Landtagsabgeordneten Uwe Adamczyk in der Nacht vom 15. zum 16. September. Nach diesem vierten, offenbar rechtsextremistischen Angriff gibt der Rollstuhlfahrer Stadtrats- und Kreistagsmandat zurück.

20. September

Kamenz. Laut Statistischem Landesamt hat rund ein Drittel von Sachsens Kindern unter 15 Jahren keine Geschwister.

Görlitz. Aus der Petrikirche wurde ein wertvoller Barockengel gestohlen, meldet die Polizei. Kurz zuvor war ein schmiedeeisernes Grabtor vom Nikolaikirchhof verschwunden.

22. September

Dresden. Sachsens DGB-Chef Hanjo Lucassen kritisiert scharf die Absicht der Gewerkschaftsholding BGAG, Gewerk-

SACHSEN-CHRONIK

19. September bis 2. Oktober

schaftshäuser zu veräußern.

Bautzen. Bei Bombardier Transportation geht eine neue Teststrecke für Straßenbahnen in Betrieb. Das frühere Waggonbauwerk hat derzeit 915 Mitarbeiter und bildet 32 Lehrlinge aus.

Niesky. Die Waggonbau Niesky GmbH hat einen Auftrag zur Lieferung von 900 Schiebewandwagen nach Österreich erhalten. 240 Arbeits- und 20 Ausbildungsplätze seien gesichert, sagt Geschäftsführer Michael Krege.

Leipzig. Der Grundstein für das Gebäude des Fraunhofer-Instituts für Zelltherapie und Immunologie wird gelegt.

24. September

Hoyerswerda. Der bisherige Finanzbürgermeister Stefan Skora (CDU) gewinnt die Stichwahl ums Amt des Oberbürgermeisters. Bei einer Wahlbeteiligung von

33,4 Prozent erhielt er 6382, Kontrahent Sandro Fiebig 5493 Stimmen.

Festung Königstein. Am 50. Geburtstag des Landschaftsschutzgebietes Sächsische Schweiz werden Umweltschützer geehrt.

25. September

Leipzig. Rund 1500 Bahnbeschäftigte protestieren gegen die Trennung von Schienennetz und Betrieb bei Börsengang der DB. Jeder zweite Job sei gefährdet, sagt Transnet-Vorstand Alexander Kirchner.

Dresden. Im Umweltausschuss des Landtags findet auf Linksfraktion-Antrag eine öffentliche Anhörung zur „Beseitigung der Hindernisse, die einer Wiederinbetriebnahme von Wasserkraftanlagen alten Rechts entgegenstehen“, statt.

26. September

Dresden. Laut Zeitungsberichten hat der Verfassungsschutz entgegen der Rechts-

lage Straftäter aus dem Bereich Organisierte Kriminalität überwacht.

27. September

Dresden. Auf scharfe Reaktionen stößt der Abdruck von drei Strophen des Deutschlandliedes in einer Einladung des Landrats und CDU-Kreisverbandschef Sächsische Schweiz, Michael Geisler.

29. September

Dresden. Linksfraktion und Grüne bringen im Landtag einen gemeinsamen Antrag zum Bleiberecht für Flüchtlinge ein.

Freiberg. Dora Irmscher, älteste Sächsin, wird 109 Jahre alt. Sie arbeitete bis zu ihrem 70. Lebensjahr.

Dresden. Rund 500 Schüler protestieren vor dem Landtag gegen den Entwurf einer Verordnung für die gymnasiale Oberstufe, die Leistungskurse streicht.

2. Oktober

München/Dresden. Das Magazin „Focus“ berichtet über Belege, dass die NDP-Fraktion des sächsischen Landtags mit ihrem Geld Wahlkämpfe in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern unterstützt hat. Das Geld ist nur für die eigene Parlamentsarbeit bestimmt.

Ein Europäer, der in einer mittelgroßen chinesischen Stadt ein bestimmtes Restaurant in einer bestimmten Straße suchen müsste, dessen Auffinden auch noch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erfordert, würde angesichts seines Unvermögens, die schönen, aber fremden Schriftzeichen zu verstehen, zweifellos die Ohnmacht nachempfinden können, die einen Analphabeten ständig beherrscht: hilflos zu sein in der Welt. Zu diesem Gefühl der Hilflosigkeit kommt bei vielen Analphabeten noch die Furcht hinzu, „entdeckt“ und als dumm verspottet zu werden, Freunde zu verlieren, einen angestrebten Job nicht zu erhalten.

Wer den amerikanischen Spielfilm „Stanley & Iris“ gesehen

Von **MANFRED BOLS**

hat, wird sich an die Szene erinnern, wo der Boss der Werkküche einer Backwarenfabrik den allgemein anerkannten Koch (Robert de Niro) entlässt, nachdem er durch Zufall erfahren hat, dass dieser nicht lesen kann. Der Küchenchef glaubt plötzlich annehmen zu müssen, dass der entdeckte Analphabet bei der Zubereitung der Speisen Salz mit Schädlingsvernichtungsmitteln verwechseln könnte.

Analphabetentum in den Industrieländern

In den USA gibt es laut UNESCO über 40 Millionen sogenannte funktionale Analphabeten. In Deutschland, dem Land der Dichter und Denker, beträgt diese Zahl nach Schätzungen des Bundesverbandes Alphabetisierung vier Millionen, davon in Sachsen 220 000 und in Leipzig 23 000.

Funktionale Analphabeten sind Personen, die unfähig sind, die Schrift im Alltag so zu gebrauchen, wie es als selbstverständlich angesehen wird und wie es für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig ist (Lesen von Plakaten, Fahrplänen und Gebrauchsanweisungen, Ausfüllen von Fragebögen etc.). Sie haben kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz und sind gesellschaftlich isoliert.

Ursachen: Charakter der Gesellschaft

Die Ursachen für diese unglaublich anmutenden Zahlen sieht Jürgen Genuneit, Redakteur für Sprach-Lernmaterialien des Klett-Verlages, in der ökonomischen und sozialen Armut im Lande, in der Armut an Kommunikation und in einer bestimmten pädagogischen Armut, die insbesondere in der Bildungspolitik zum Ausdruck kommt. Er äußerte diese Erkenntnisse auf einer Informationsveranstaltung über Aktivitäten zur Alphabetisierung in den neuen Bundesländern, die

Den Fluss durch Ausschöpfen trockenlegen?

Auch für Deutschland – Analphabetismus ein akutes Problem

am 6. September 2006 anlässlich des Weltalphabetisierungstages (8. September) im Neuen Rathaus zu Leipzig stattfand.

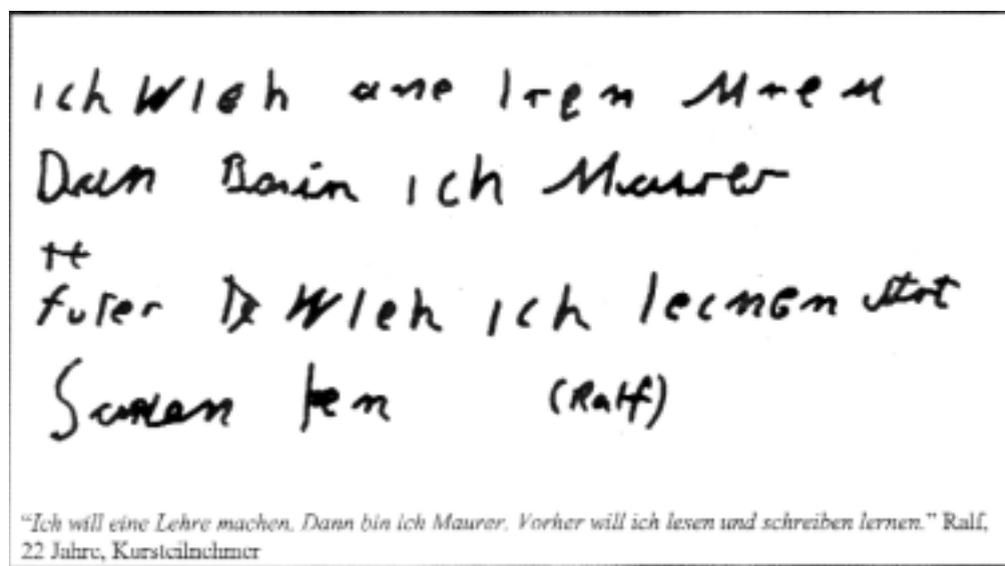
Auch Prof. Ullrich Gintzel von der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH), der auf der gleichen Veranstaltung sprach, sieht in erster Linie ökonomische und soziale Ursachen für das hohe funktionale

erst zum Vorschein, als die DDR zusammengebrochen war.“ Sie wurden also erst zum sozialen Problem, nachdem dem Osten das kapitalistische System übergestülpt worden war.

Der sächsische Kultusminister Flath fährt dagegen die diffamierende Linie. Er behauptet, in der DDR sei das Thema tabu gewesen. Offiziell sei immer er-

Deutsche Institut für Erwachsenenbildung u. v. a.

Auch in Leipzig engagieren sich, zu einem großen Teil ehrenamtlich, viele Menschen im „Lokalen Bündnis Alphabetisierung“, das sich als Netzwerk staatlicher Institutionen und gemeinnütziger Vereine versteht, für diese Aufgabe. Es ist nämlich nicht leicht, die funktionalen Analphabeten



„Ich will eine Lehre machen. Dann bin ich Maurer. Vorher will ich lesen und schreiben lernen.“ Ralf, 22 Jahre, Kursteilnehmer

Analphabetentum. Er nannte als Risiken: Einkommensarmut, Bildungsverlust, Arbeitslosigkeit, Dauersozialleistungsbezug und gesellschaftliche Isolierung. Das Analphabetentum widerspiegelt also das soziale Gefälle in der Gesellschaft. Wer analphabetisch ist, stammt in der Regel aus einer unteren sozialen Schicht. Das belegen auch vorhandene Statistiken. Analphabetentum kann deshalb nur im Zusammenhang mit dem ihm zugrundeliegenden und ihn erzeugenden gesellschaftlichen Machtstrukturen gesehen werden. Es ist nicht in erster Linie ein individuelles, sondern ein gesellschaftspolitisches und ökonomisches Problem.

Interessant ist, dass bei der Erörterung dieser Frage immer wieder stereotyp darauf verwiesen wird, selbst in der DDR mit ihrem komplexen und angeblich hochwertigen Bildungssystem habe es Analphabeten gegeben. „In der DDR“, so Professor Gintzel, „hatten alle Menschen, ob sie nun lesen und schreiben konnten, oder nicht, einen Arbeitsplatz. Dadurch wurden sie nicht bemerkt und kamen

klärt worden, es gäbe keine Analphabeten.

Widersprüchliches in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik verlassen jedes Jahr ungefähr 6 Prozent der Schüler die Schule ohne Abschluss. 25 Prozent der Schulabgänger können nach Angaben des Volkshochschulverbandes nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Das bedeutet, dass die riesige Gruppe der funktionalen Analphabeten immer wieder neu gespeist wird und die zahlreichen gesellschaftlichen Aktivitäten gegen Analphabetentum anmuten müssen wie der Versuch, einen Fluss durch Ausschöpfen trockenlegen zu wollen.

Es gibt in Deutschland ein großes Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung, dem der gleichnamige Bundesverband und sein Beratungsservice, das ALFA-Telefon, angehören. Partner sind außerdem der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V., sein Portal Zweite Chance Online (Internet-Lernangebot: www.ich-will-schreiben-lernen.de), das UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen in Hamburg, das

aufzuspüren, sie zu überzeugen, etwas gegen ihre Schreib- und Leseschwäche zu tun und Wege der Finanzierung zu finden, denn die Betroffenen stammen, wie gesagt, meistens aus ungünstigen sozialen und familiären Verhältnissen.

Problem Finanzierung

Eine wichtige Rolle nahm bisher in diesem Ringen die Volkshochschule ein, da dort von kompetenten Lehrern staatlich finanzierte Kurse für Analphabeten durchgeführt werden. Seit August 2004 ist allerdings die Förderung eingestellt worden. Seither müssen Interessenten pro Stunde 1,50 Euro Kursgebühr zahlen, es sei denn, sie wurden vom Arbeitsamt geschickt. Nach Ansicht der Beauftragten für Analphabetismus der Stadt, Frau Lewandowski, stellt das eine zusätzlich hohe Hürde dar, da die Analphabeten in der Regel Alg-II-Empfänger sind. Gegenwärtig laufen an der VHS elf Kurse mit durchschnittlich 4–5 Teilnehmern – eigentlich nur ein Tropfen im Ozean.

Außerdem strich die VHS im August 2004 auch die bis zu diesem Zeitpunkt vorhandene Planstelle eines Alphabetisierungs-Pädagogen. Frau Silke Friedemann von der VHS Leipzig warnte auf der Büro-Deutsch. Veranstaltung im Rathaus davor, dass ohne eine solche Leitstelle das ganze sorgsam aufgebaute Netz um die VHS herum zerstört werden könnte.

Vom Land Sachsen werden im wesentlichen nur noch Alphabetisierungskurse an nichtinstitutionellen Weiterbildungseinrichtungen gefördert. Das hängt damit zusammen, dass dazu Mittel des Europäischen Sozialfonds verwendet werden, deren Einsatz vorgeschrieben ist. Zu ihnen gehört das Bildungs- und Sozialwerk Muldentel e.V., das im Oktober mit einem ersten einjährigen Seminar startet.

Das Bundesbildungsministerium hat für die nächsten fünf Jahre 30 Millionen Euro bereitgestellt. Es will damit die Zahl der funktionalen Analphabeten in Deutschland halbieren, von vier Millionen auf zwei Millionen. Allerdings kann dieses Geld nicht für Alphabetisierungskurse verwendet werden, da der Bund nicht für Bildung und Weiterbildung zuständig ist, sondern die Länder und Kommunen. Es fließt in Online-Portale, Forschungsprojekte u. ä., die nur eine sekundäre Bedeutung haben.

Weltweiter Kampf bisher wenig erfolgreich

Auch die UNESCO hat sich im Rahmen ihres Programmes „Education for All“ (Bildung für alle) das Ziel gestellt, bis zum Jahre 2015 weltweit die Analphabetenrate bei Erwachsenen um die Hälfte zu reduzieren. Die auf Initiative der Generalversammlung der UNO im Februar 2003 verkündete Weltalphabetisierungsdekade 2003 bis 2012 soll das Erreichen dieses Ziels unterstützen und an die Alphabetisierung als Menschenrecht und Voraussetzung zur Entfaltung eines jeden Menschen erinnern.

Im Jahre 2003 gab es in der Welt noch 860 Millionen Analphabeten, deren große Mehrheit sich in den Entwicklungsländern konzentrierte und von denen zwei Drittel Frauen waren. Es muss angesichts der globalen Lage in der Welt und des Zustandes der Entwicklungsländer bezweifelt werden, ob das gestellte Ziel erreicht werden kann.

Bereits das Jahr 1990 hatte im Rahmen eines gigantischen UNESCO-Projektes als Jahr der Alphabetisierung gegolten. Ausgehend davon sollte in den verbleibenden zehn Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Analphabetismus sogar weltweit abgeschafft werden. Davon ist man heute weiter denn je entfernt.

Ein Glied in der Kette von Kriegen

Der Krieg Israels gegen den Libanon hatte seine Vorgänger und ist damit ein weiteres Glied in einer langen Kette von Kriegshandlungen Israels gegen seinen nördlichen Nachbarn. Hauptursache dafür ist, dass seit Jahrzehnten das Schicksal Libanons mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt verwoben ist, dass palästinensische Befreiungsorga-

Von SARKIS LATCHINIAN

nisationen wie die PLO und libanesische Freischärler den Libanon als Basis für Kommandounternehmen gegen Israel nutzten. Desweiteren diente besonders Südlibanon Hunderttausenden Palästinensern als Zufluchtsort infolge des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948/49 sowie nach dem so genannten Sechs-Tage-Krieg 1967.

Allzu oft marschierten Soldaten Israels im Südlibanon ein und besetzten z. B. 1978 für drei Monate das Gebiet südlich des Flusses Litani unter dem Vorwand der Entführung zweier Reisebusse in Israel durch ein palästinensisches Kommando. 2000 Libanesen starben durch diese Operation und 285 000 wurden zu Flüchtlingen. Seitdem gingen auf UN-Sicherheitsratsbeschluss Interimskräfte der UNO (UNIFIL) mit insgesamt 2000 Soldaten unter französischem Kommando im Südlibanon in Stellung.

1982 drangen wiederum israelische Truppen im Libanon ein und marschierten bis Beirut, wie es damals hieß, um die PLO aus dem Libanon zu vertreiben. Israel hielt daraufhin Libanon von 1982 bis 1985 besetzt und errichtete hier eine etwa 10 Kilometer breite so genannte Sicherheitszone. 1996 begann Israel unter dem Namen „Operation Früchte des Zorns“ einen 17-tägigen Feldzug im Libanon, Artillerie, Luft- und Seestreitkräfte Israels bombardierten neben Stellungen im Süden auch Ziele in den großen Küstenstädten Libanons. 300 000 Menschen mussten fliehen. Das offizielle Ziel dieser Operation, nämlich die Zerschlagung der Hisbollah, wurde nicht erreicht.

Mehr als 22 Jahre lang waren Gebiete Südlibanons besetzt gehalten, bis Israel seine Truppen im Jahre 2000 abziehen musste: Der Guerilla-Krieg der Hisbollah, libanesischer Freischärler und PLO-Kämpfer hatte zu viele Opfer unter den israelischen Soldaten gekostet, die in der israelischen Öffentlichkeit nicht mehr zu rechtfertigen waren. Spätestens seit diesem erzwungenen Abzug Israels aus dem Libanon ist die Hisbollah in aller Munde.

Wer ist die Hisbollah?

In den USA und vielen westlichen Ländern wird die Hisbollah (Gottes Partei) ausschließlich als Terrororganisation charakterisiert. Sie ist jedoch als stärkste Partei im Libanon in der schiitischen Bevölkerung, der größten Gemeinschaft des Landes, fest verankert. Die Hisbollah entstand aus dem Widerstand gegen die israelische Invasion 1982. Ihr hohes Prestige rührt aus der Befreiung des Südlibanon im Jahr 2000. Im libanesischen Parlament ist die Hisbollah mit zwölf Abgeordneten und im Kabinett des Ministerpräsidenten Fuad Siniora mit zwei Ministern vertreten. Sie pflegt gute Beziehungen zu anderen politischen Kräften des Landes, so zur Christlichen Freien Patrio-

tischen Bewegung von Exgeneral Michel Aoun, aber auch zu einflussreichen sunnitischen Persönlichkeiten wie Ossama Saad und Omar Karamé, zwei hochgeachteten muslimischen Politikern, sowie zum Maronitenführer Suleiman Frangié (Maroniten sind libanesische Katholiken).

Die Hisbollah nur als eine Marionette Syriens oder des Iran zu brandmarken, ist angesichts dessen absurd. Libanons Ministerpräsident Siniora ist voll des Lobes für den Führer der Hisbollah Hassan Nasrallah: „Ich bin Hassan Nasrallah für seinen Einsatz dankbar ... Herr Nasrallah hat unsere vollste Anerkennung für seine Haltung.“

Es ist deshalb irreführend, wenn in westlichen Medien die Lage im Libanon so dargestellt wird, als sei die Hisbollah die eigentliche Gefahr für die Souveränität und das Wohlergehen Libanons. Die freie

tel der libanesischen Bevölkerung – haben den Libanon zu einer selten gekannten Einheit geführt.

In Israel selbst wurde dieser Krieg als missglückt eingeschätzt. Man kritisiert, Ministerpräsident Olmert habe sein Land unüberlegt in den Krieg geführt und die Abschreckungsfähigkeit des jüdischen Staates gegen seine Feinde beschädigt. Er habe keinen Fehler ausgelassen, schreibt die israelische Zeitung Haa'aretz. Man könne nicht „eine ganze Nation mit einem Siegesversprechen in den Krieg führen, eine beschämende Niederlage produzieren und an der Macht bleiben“, so die Haa'aretz. „Im nationalen, historischen, israelischen und zionistischen Sinne gibt es keinen Grund zur Freude“, meint die einflussreiche israelische Zeitung Maariv.

US-amerikanische Medien überbieten sich ihrerseits durch Analysen zum Li-

Schlagen Zivilisten angegriffen und „nie zwischen militärischen und zivilen Zielen unterschieden“ habe, sagte Libanons Kulturminister Tarek Mitri. Die UNO nannte die Angriffe mit so genannten „Cluster Bombs Units“ (Streubomben) „absolut unmoralisch“.

Ausblick

Die Besetzung des Gaza-Streifens, des Westjordanlandes, Ostjerusalems und der syrischen Golan-Höhen geht inzwischen ins vierzigste Jahr. Und die Lage der Palästinenser wird immer schlimmer – trotz der mehr als 40 Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zur Lösung des Palästina-Konflikts. Daran hat auch die „Roadmap“, der Friedensplan des so genannten Quartetts von USA, EU, UNO und Russland, nichts geändert, der bekanntlich einen unabhängigen Palästina-Serstaat bis Ende 2005 vorgesehen hatte.

Der Krieg Israels gegen den Libanon

Vorwände und Wirklichkeit

Welt versuche nun, wie es heißt, mit Hilfe Israels den Libanon von diesem Hisbollah-Geschwür zu befreien, indem man sich ihrer Entwaffnung zuwende. Verschwiegen wird dabei die seit Jahrzehnten bewährte Wohltätigkeit der Hisbollah zur Linderung der durch den 15 Jahre dauernden Bürgerkrieg und die wiederholten israelischen Kriege gegen

Es ist deshalb irreführend, wenn in westlichen Medien die Lage im Libanon so dargestellt wird, als sei die Hisbollah die eigentliche Gefahr für die Souveränität und das Wohlergehen Libanons.

den Libanon entstandenen humanitären und wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung.

Der Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah bekräftigte Mitte September die weitere Präsenz seiner Kämpfer im Süden Libanons: „Niemand wird uns daran hindern können“, sagte er, „auf unserem Land zu bleiben, um das Land, unsere Erde und unser Vaterland zu verteidigen“.

Der neuerliche Krieg Israels gegen den Libanon

Nach Israels Regierung sollten durch den Terror der neuerlichen Zerstörung, Besetzung und Vertreibung die politischen Kräfte Libanons gegen die Hisbollah aufgebracht werden. Dieses Ziel des Krieges ist nicht nur gründlich verfehlt worden. Nach mehr als einem Monat Krieg sowie zwei Monaten der See- und Luftblockade gegen den Libanon sind die sonst so sensiblen religiösen, ethnischen und politischen Differenzen vielmehr in den Hintergrund getreten.

Die mehr als 1200 getöteten Zivilisten, die Zerstörung von mehr als 18 000 Häusern (mit 170 000 Wohnungen), von über 700 Brücken und Straßen durch die israelische Armee, die mehr als eine Million Menschen auf der Flucht – fast ein Vier-

banonkrieg mit dem eindeutigen Tenor, dass der Libanon-Feldzug Israels auch Bushs Feldzug war, dass die israelische Kriegsplanung aufs Engste mit der Supermacht USA abgestimmt war, dass aus der angestrebten militärischen und politischen Schwächung der Hisbollah nichts und aus dem „Probelauf“ für einen „Präventivschlag“ gegen den Iran ein Desaster wurde. Erstmals geriet selbst Außenministerin Condoleezza Rice, die Irak und Libanon „als Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens“ zu verkaufen versucht hatte, in die verbale Schusslinie. **Alles kam jedoch anders. Statt zum „Lehrstück“ wurde der Krieg gegen den Libanon zum abschreckenden Beispiel für seine Initiatoren:**

Erstens ist der durch das strategische Bombardement Libanons gewünschte politische Erfolg ausgeblieben, denn Christen und Sunniten wurden nicht gegen die Hisbollah mobilisiert, sondern gegen Israel und die USA.

Zweitens konnte die israelische Luftwaffe weder die Raketenstellungen der Hisbollah eliminieren noch deren unterirdische Verteidigungsanlagen zerstören. Deshalb sah sich Israel schließlich gezwungen, Bodentruppen nach dem Südlibanon zu entsenden, die dort die verlustreichsten Kämpfe in der israelischen Militärgeschichte führten. So kam es auch zum Waffenstillstand.

Drittens hat sich die Hisbollah als stärker denn gedacht erwiesen, und die Hoffnung, das Israel in ein bis zwei Wochen im Libanon „aufräumen“ und in einem Abwasch auch Syrien in die Knie zwingen könne, erwies sich als Trugschluss. Wieder einmal hat man in Washington und Tel Aviv feststellen müssen, dass pures Drauffahren doch nicht zum Ziel führt.

Viertens beschuldigt die libanesische Regierung Israel, Umweltzerstörungen großen Ausmaßes und Kriegsverbrechen verübt zu haben. Israel habe das humanitäre Völkerrecht klar gebrochen, indem es bewusst mit unverhältnismäßigen

So viele Krisen zur gleichen Zeit hat es im Nahen Osten seit langem nicht gegeben: der Irak-Krieg, gepaart mit der Gefahr eines Bürgerkrieges, der Krieg gegen den Gaza-Streifen, der Atomkonflikt mit dem Iran, Drohungen gegen Syrien, der neuerliche unerklärte Krieg Israels gegen den Libanon.

Jede dieser Krisen hat gewiss ihre eigene innere Logik, doch alle sind durch unsichtbare Fäden vielfältig miteinander verknüpft. Das erschwert die Lösung jedes einzelnen Konflikts und droht die gesamte Region ins Chaos zu stürzen.

Das Dilemma der in dieser Region behimateten Völker ist vor allem die strategische Bedeutung der Region. Es geht hier um die Hegemonie der USA. Es geht um die NATO und ihre Verbündeten im Nahen Osten. Es geht um ihren freien Zugang zu den Erdölreserven des Nahen Ostens, die die reichsten der Welt sind. Es geht um ökonomische, militärische und politische Positionen und Vorteile. Es geht zugleich um die Verstärkung des Drucks auf Syrien und den Iran, auf die Hisbollah und die Hamas, auf den Widerstand im Irak. Es geht um einen neuen Nahen Osten nach US-amerikanischer Vorstellung. Es geht darum, jene zu stoppen, die ihn nicht wollen. Diese Aufgabe ist umso dringlicher und akuter geworden, nachdem der Plan der amerikanischen und israelischen Administrationen fehlgeschlagen ist. Dieser sah vor, die Hisbollah im Libanon und die Hamas im Gaza-Streifen zeitgleich militärisch zu vernichten und den besiegten Libanon als Aufmarschbasis für einen weiteren Krieg gegen Syrien und den Iran zu missbrauchen, um sich auch diese Länder gefügig zu machen. Vorerst kläglich gescheitert ist auch die Vision der amerikanischen Administration, im "größeren Nahen Osten" von Marokko bis Kabul allein das Sagen zu haben und hier eine Neuordnung nach der Pax Americana zu errichten.

Spätestens seit der Verkündung des Waffenstillstandes zwischen dem Libanon

Nun sind sie sogar schon auf UKW hörbar, ausländische Rundfunksender wie BBC London und RFI Paris. In Leipzig teilen sie sich die FM-Frequenz 98.2 MHz. Gesendet werden hauptsächlich englischsprachige Programme der BBC mit Weltnachrichten zu jeder vollen Stunde. Das ehemalige britische Kolonialreich wird wieder lebendig, viele Programme befassen sich mit Entwicklungshilfe und Vorgängen in der Dritten Welt. Ihren mehrstündigen deutschen Auslandsdienst auf Kurz- und Mittelwelle hat die BBC übrigens eingestellt, weil es ihrer Meinung nach hier genügend Englischkenntnisse gibt und bevorzugt Entscheidungsträger erreicht werden sollen. Gegenstück zur BBC ist RFI Paris mit seinen halbstündigen Deutschprogrammen, von denen eines um 18.30 Uhr beginnt und neben aktuellen Meldungen viel Kultur bringt. Es scheint viel mehr Wert auf die Hörer vor Ort gelegt zu werden.

Russlands Stimme

Auf Mittelwelle hat die Stimme Russlands, auch als Radio Moskau bekannt, die Zahl der eingesetzten Relaisender erheblich vergrößert. In Leipzig ist 630 kHz besonders gut hörbar, 11 Uhr und 17 Uhr mit deutschem Programm, dazwischen mit russischen Sendungen für die zahlreichen eingewanderten Landsleute. Die einzelnen Sprachdienste der Stimme Russlands sind sehr unterschiedlich, im deutschen Programm gibt es viel über die zwischenstaatlichen Kontakte. Wirtschaft und Tourismus werden ausführlich behandelt.

Vom chinesischen Alltag

Auch China Radio International (CRI) ist inzwischen auf Mittel- und Kurzwelle gut hörbar, ab 20 Uhr auf deutsch über einen mehrere Stunden täglich für CRI angemieteten Sender auf 1440 kHz, zuvor bereits auf Kurzwelle 5970 kHz. In Berlin morgens für eine Stunde sogar auf dem FM-Band, gleichbedeutend mit UKW. Der englische Dienst aus Beijing ist den ganzen Tag über auf zahlreichen Kurzwellenfrequenzen mit leistungsstarken Sendern vertreten. Die Hörer erhalten viele tieferegehende Informationen über die Verhältnisse im Land, die aus anderen Quellen oft nur verkürzt oder eben aus ausländischer Perspektive erhältlich sind. Im Internet ist CRI unter www.chinabroadcast.cn sowie de.chinabroadcast.cn aufrufbar. Das deutsche Programm aus Beijing gibt

Rundfunksender aus aller Welt in alle Welt

Wer wen agitiert, informiert ...



Es muss ja nicht gleich immer das Modernste aus Japan sein ...

es schon seit den sechziger Jahren, es hat sich im letzten Jahrzehnt erheblich profiliert und ist wie auch das Englischprogramm für viele Kurzwellenhörer und überhaupt an China Interessierte zur wichtigsten Informationsquelle über China und dessen Sichtweise auf die verschiedensten Weltereignisse geworden. Chinesischkurse sind zu hören, und mit seinen Programmen in über 40 Sprachen ist CRI Beijing für Sprachkundige eine der interessantesten Stationen überhaupt. In allen wichtigen Sprachen wird gesendet, zudem in mehreren chinesischen Dialekten. Um den amerikanischen Subkontinent besser erreichen zu können, wird eine Relaisstation auf Kuba errichtet.

Kurzwelle oft unterschätzt

Andere Stationen mit weniger Geld oder Einfluss müssen sich mit ausschließlichen Sendungen auf Kurzwelle begnügen. Diese wird mit ihren Möglichkeiten und Wirkungen häufig unterschätzt, für Wissenschaftler, Emigranten und Touristen, für Hörer in Krisenzonen und mit UKW nur schwer erreichbaren Gebieten der südlichen Hemisphäre ist die Kurzwelle das am häufigsten genutzte Radioband. Es werden nur Radios mit möglichst umfangreichem KW-Teil, sogenannte Welttempfänger, benötigt. Die englischsprachige Beschriftung ersetzt KW durch

SW, was dem englischen Ausdruck shortwave entspricht, die Bedeutung ist dieselbe. Viele herkömmliche Radios haben zumindest einen Ausschnitt des Kurzwellenspektrums, gewöhnlich die tagsüber innerhalb Europas eingesetzten Bereiche um 6 und 7 MHz (Megahertz), entsprechend 6000 und 7000 kHz (Kilohertz).

Unzählige Länder senden ganztägig oder einige Stunden in einer der Weltsprachen, ein Teil davon ist mit deutschsprachigen Programmen auf der Kurzwelle vertreten. Auf Anforderung verschicken sie ihre genauen Sendepläne und beantworten häufig auch Hörerfragen über die Verhältnisse im eigenen Land. Manche Hörer der Kurzwelle haben sich auf einzelne Sender spezialisiert oder konzentrieren sich auf bestimmte Erdteile, andere hören alles. Letztere Gruppe weist große Ähnlichkeiten zum Hobby des Amateurfunks auf, es werden an die gehörten Stationen auf Mittelwelle und Kurzwelle schriftliche Empfangsberichte über die technische Qualität des gehörten Radiosignals geschickt. Die Stationen antworten mit eigenen Empfangsbestätigungen. Außerdem können so Verbesserungen der Empfangsqualität erreicht werden. Mehrjährig gibt es internationale Wellenkonferenzen, um die eingesetzten Frequenzen zu koordinieren und gegenseitige Störungen zu vermeiden. Nicht immer ganz zufällig

treten diese dennoch nach wie vor auf. Dabei ist der Empfang europäischer Stationen auf Kurzwelle weitgehend stabil und störungsfrei, der Übersee-Empfang unterliegt dagegen starken jahreszeitlichen Schwankungen, weshalb die Frequenzen bei einer Reihe von Sendern zweimal jährlich gewechselt werden.

USA in Asien und Afrika

Aus Nordamerika ist nur wenig zu hören, der offizielle US-amerikanische Auslandsdienst hat sich inzwischen weitgehend aus Europa zurückgezogen. Stattdessen wird verstärkt für die umkämpften Länder des Nahen und Mittleren Ostens gesendet. Psychologisch äußerst geschickt werden für Afrika ganz speziell mit afrikanischem Kolorit angereicherte Programme ausgestrahlt, bei denen sich sogar der Slang der Ansager den lokalen Gegebenheiten der jeweiligen Zielregion anpaßt. Der dafür betriebene Aufwand stellt viele Auslandsdienste Afrikas und sogar der arabischen Länder völlig in den Schatten. Aber auch diese lassen sich schon mit einfachen Radios mit KW-Teil empfangen, einige wenige sogar auf Mittelwelle. Auf Kurzwelle reicht häufig schon einfacher Draht zur Verstärkung des Signals.

Kairo, Korea, Vietnam ...

Als weitere Empfangsbeispiele sind Radio Kairo mit dem deutschen Programm 21 Uhr auf 9990 kHz zu nennen, aus dessen Nähe sich auch Syrien kurz zuvor auf 9335 kHz deutsch zu Wort meldet. Die Kurzwelle macht es möglich, dass Pjöngjang mit der Stimme Koreas in unmittelbarer Nachbarschaft abends auf 9330 kHz zu finden ist. Nach wie vor senden verschiedene starke und auch in Europa hörbare Untergrundsender auf koreanisch für Nord- oder Südkorea. Das sehr um Objektivität bemühte Radio Korea aus dem Süden ist deutsch um 22 Uhr auf 3955 kHz vertreten. Radio Japan meldet sich deutsch auf 11710 kHz. Auch die Stimme Vietnams aus Hanoi hat kürzlich mit Deutschsendungen begonnen. Auf 9725 und 9730 kHz ist die Voice of Vietnam ab 18 Uhr bis Mitternacht oftmals gut zu hören.

• JENS ADOLPH

Fortsetzung von Seite 8

und Israel tobt ein erbitterter Kampf führender Staaten dieser unserer Welt mit dem Ziel, aus dem Krieg gegen den Libanon die besten Positionsgewinne – sowohl politisch-militärische, als auch ökonomische und strategische – zu sichern. Jeder möchte an der Beute Libanon dran bleiben, nicht zu spät kommen, um dessen „Demokratisierung“ zu fördern, um dessen „Unabhängigkeit“ und „Souveränität“ garantieren zu helfen, als ob es sich um eine Kolonie, ein abhängiges Land handelt, das nach Unabhängigkeit strebt. So erklärt man sich bereit, sich mit viel Geld und neuester Kriegstechnologie, mit Tausenden von Soldaten, mit Kriegsschiffen und Tornado-Flugzeugen an einer „robusten UN-Mission“ im Nahen Osten zu beteiligen, um, wie es so schön heißt, Waffenlieferungen an die Hisbollah zu unterbinden, das Existenzrecht Israels zu sichern und den Schutz der libanesischen Gewässer zu garantieren. Alles edle Ziele ... dem Anschein nach.

Das alles geschieht aber unter einem Voratz: Es ist für jeden etwas dabei im Libanon. Und man muss zunächst die eigenen Interessen sichern. So wirbt die deutsche Kanzlerin um Verständnis für den Einsatz der Bundeswehr, der „im deutschen Interesse“ liege. Es gehe schließlich um eine Nachbarregion. Überwiegend aus ähnlichen Erwägungen lassen sich auch Frankreich, Italien, die Türkei und die anderen bei ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an dieser UN-Mission für den Libanon leiten; auf der Grundlage der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates, wo sich genug Lücken und Zweideutigkeiten finden, die Israel und den USA sowie anderen Anwärtern der robusten UN-Mission erlauben, die libanesischen Regierung unter Druck zu setzen und sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Wie oft schon wurden UN-Missionen in dieser Region und anderswo entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung missbraucht und letztlich den Interessen der stärkeren Konfliktpartei untergeordnet.

Libanon, das kleine Land, das bereits 1943 als erstes arabisches Land seine Befreiung von der französischen Kolonialherrschaft erkämpft hat, das durch den neuerlichen Krieg in seiner Entwicklung 20 Jahre zurückgeworfen wurde, braucht weniger Militär und Kriegsschiffe als vor allem humanitäre Hilfe, um seine Kriegswunden zu heilen, seinen Flüchtlingen ein Zuhause zu schaffen, den Wiederaufbau der größtenteils zerstörten Infrastruktur in Angriff zu nehmen, der durch die achttwöchige See- und Luftblockade Israels zusätzlich erheblich erschwert wurde. Libanon braucht vor allem Frieden im eigenen Hause und mit seinen Nachbarn. Dieser Frieden wird weniger durch Soldaten mit robustem Mandat, als vielmehr mit einer politischen Lösung des Nahostkonflikts möglich und vor allem unter Berücksichtigung seines kardinalen Kriegsherdes, des Konflikts zwischen Palästina und Israel. Für die Lösung dieses Konflikts sind vor allem zwei Bedingungen verpflichtend: Die Anerkennung des Existenzrechts Israels und gleichzeitig die Schaffung

eines lebensfähigen palästinensischen Staates in völkerrechtlichen Grenzen mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Diese Lösung darf nicht nach dem Ermessen des Stärkeren, sie muss im geduldigen Dialog und kompromissbereiten Miteinander aller Beteiligten zustande kommen, nach dem universellen Prinzip der gleichen Augenhöhe.

Es geht um eine regionale Lösung, die auch die Wahrung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge garantiert, die Regelung des Konflikts zwischen Israel und Syrien um die Golanhöhen umfasst, die schnellstmögliche Beendigung der Besetzung Iraks sowie die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten vorsieht.

Der Krieg gegen den Libanon hat nochmals deutlich bestätigt: Der Nahostkonflikt ist mit militärischen Mitteln nicht zu lösen. Zur friedlichen Lösung dieses Konflikts gibt es keine vernünftige Alternative.

Unser Autor, Prof. Latchinian, ist gebürtiger Libanese

Der Weg zum Weltruhm des vor 100 Jahren am 25. September in Petersburg geborenen Komponisten zeigt sich als denkbar kompliziert. In früheren Biographien verschwiegene Probleme gab es bereits nach dem mit elf Jahren begonnenen, mit 17 Jahren abgeschlossenen Studium als Pianist.

Mit der Begründung, er besitze noch nicht die Reife, verweigerte das Petersburger Konservatorium den „Akademischen Kurs“ und das Kompositionsstudium.

Einer der bisherigen Lehrer, Leonid Nikolajew, gab Schostakowitsch kostenlos Privatunterricht. In dieser Zeit entstand die Ende 1925 der überraschten Prüfungskommission vorgelegte erste Sinfonie. Im Mai 1926 wurde sie in einem Konservatoriumskonzert mit großem Erfolg uraufgeführt, und zwar ohne die glättenden Korrekturen des Konservatoriumsdirektors Glasunow.

Bruno Walter führte die Sinfonie in Berlin, im Herbst 1929 im Leipziger Gewandhaus auf. Die ersten amerikanischen Aufführungen leiteten Stokowski in Philadelphia und Rodzinski in New York. Schostakowitsch wurde zum Begriff.

Mit der 1927/28 geschaffenen satirisch-fantastischen Oper „Die Nase“ nach Gogol, mit Ballett-, Schauspiel- und Filmmusiken gewann er weiter.

Den ersten Höhepunkt erreichte Schostakowitsch mit seiner zweiten, 1930/32 komponierten Oper „Lady Macbeth von Mzensk“. Bis Januar 1936 erlebte das im Leningrader Maly-Theater uraufgeführte Werk dort 83 Aufführungen, im Moskauer Nemirowitsch-Dantschenko-Theater sogar 94. Es wurde u.a. in Cleveland, Stockholm, Prag und Kopenhagen inszeniert.

Nach einem Vorbereitungsbesuch Stalins erschien in der „Prawda“

ein nicht gezeichneter Artikel „Chaos statt Musik“. Am 6. Februar folgte ein weiterer „Heuchelei eines Balletts“, der das Tanzstück „Der helle Bach“ verurteilte. In dazu angesetzten Sitzungen des Komponistenverbandes stimmten, mit Aus-

Schostakowitsch

Von **WERNER WOLF**

nahme weniger Freunde, die Redner den Schmähungen zu und widerriefen vorher geäußerte Zustimmung als Irrtum Schostakowitsch musste einen weiteren Schicksalsschlag hinnehmen. Er wurde im Herbst 1936 mit einer Verbotsandrohung gezwungen, die in Leningrad zur Uraufführung vorgesehene, von berstenden Konflikten erfüllte (erst 1961 aufgeführte) vierten Sinfonie zurückzuziehen. Angst vor Verhaftung plagte ihn.

Mit dieser Beklemmung begann er im April 1937 mit der fünften Sinfonie. Bis heute erfährt sie verschiedene Deutungen. Wer der musikalischen Aussage folgt, erlebt Klage, Bedrohung und Aufbegehren.

Danach verzeichnen die meisten Biographen eine Schaffenskrise. Tatsächlich schrieb Schostakowitsch nach der „Fünften“ bis zum Frühjahr 1939 meist nur Filmmusiken. Im Herbst des gleichen Jahres gab er mit seiner sechsten Sinfonie neue Rätsel auf. Drückt der Komponist darin seine Trauer um den befreundeten, am 12. Juni 1937 hingerichteten Marschall Michail Tuchatschewski und andere ermordete Freunde aus? Seine 1965 notierten Erinnerungen an Marschall Tuchatschewski legen das nahe: „Das Gefühl war so, als ob die Kugel, die ihn ereilt hatte, mir ins Herz gedrungen wäre.“

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion mel-

dete sich Schostakowitsch in den ersten Tagen des Krieges zur Roten Armee. Doch er wurde wie andere Künstler nach Kuybischew evakuiert. Dort schloss er im Dezember 1941 seine siebente, die Leningrader Sinfonie ab. Im Unterschied zu

der trotz aller harten, von Konflikten erfüllten Entwicklungen zuversichtlich

endenden „Siebenten“ verklingt die 1943, in der Zeit der unsäglichen Opfer fordernden Stalinger Schlacht geschaffene, achte Sinfonie in Trauer. Zum Ende des Krieges erwartete man eine triumphale Siegesinfonie. Wieder gab es Kritik.

Schostakowitsch geriet zwischen die Fronten des kalten Krieges. Doch bei seiner vom Juli bis Oktober 1953, also bald nach Stalins Tod geschaffenen zehnten Sinfonie horchte man auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhanges“ wieder auf.

Die Meinungen in Ost und West, aber auch innerhalb der Blöcke, blieben gespalten, als Schostakowitsch in der Tauwetter-Periode“ die elfte Sinfonie „Das Jahr 1905“ und die zwölfte „Das Jahr 1917“ vorlegte. Vor allem die „Zwölfte“ wird heute abschätzig betrachtet. Dabei wird nicht nach der erregenden Aussage und der meisterlichen Gestaltung gefragt. Und es wird überhört, welche Fragen der „Morgenröte der Menschheit“ benannte Finalsatz offen lässt. Soziale und philosophische Probleme prägen die einzigartigen letzten drei der insgesamt fünfzehn Sinfonien, die späten Konzerte, Lieder und Streichquartette. Sie überragen alles, was von anderen Komponisten in dieser Zeit geschaffen wurde. Wer Schostakowitschs Musik unvoreingenommen und aufgeschlossen hört, erlebt die Hoffnungen und Sehnsüchte, die Ängste und Qualen, die Tragödien des 20. Jahrhunderts.

Premierenmarathon

Der Eröffnungsknüller der neuen Schauspielsaison ist dem Theater der Jungen Welt - das auch 60. Geburtstag feiert - mit der Uraufführung des Singspiels „LehrerInnen!“ gelungen. Das Stück von Tatjana Rese - musikalische Einrichtung Erich A. Radke - spielt in einem Leipziger Lehrerzimmer. Eine Abrechnung mit PISA-Debakel, Desillusionierung und Mobbing, garniert mit bekannten Pop- und Schlagertiteln. Durchaus mit Sympathie stellt Tatjana Rese, zugleich Regisseurin, wohlbekannte Typen von Pädagogen vor, die zwischen Weltverbesserung und Notenspiegel zerrieben werden: die kreative Deutschlehrerin, der raubeinige Sportlehrer, die zierliche Musiklehrerin und der mit pädagogischen Höhenflügen agierende Referendar. Eine Affäre darf auch nicht fehlen, Deutschlehrerin (Susanne Krämer) liebt Deutschlehrer (Georgios Tzitzikos). Famos. Immer mit dabei: Reinhart Reimann als Hausmeister Klaus Bach, mit Strenge und Geduld. Hinreißend: Elisabeth Fues als zartbesaitete Musiklehrerin. Ein Pflichtstück für die Kultusministerkonferenz.

Dagegen startet das Schauspiel Leipzig mit Hemmschuhen. Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang“ (UA: 1932) steht im Großen Haus auf dem Programm, die düstere Vorahnung der Vernichtung aller demokratisch-humanistischen Traditionen, die exemplarisch an der Besitzgier einer großbürgerlichen Familie vorgeführt wird. Regisseur Matthias Gehrt setzt auf Ironie, die zuweilen zum Klamauk wird. Das unterschwellige Rumoren im Stück wird übertönt. Friedhelm Eberle ist es zu verdanken, dass der Abend nicht aus dem Ruder läuft. Sein Geheimer Kommerzienrat Clausen, der gegen den Familienwillen eine Jahrzehnte jüngere Frau liebt, hat das erforderliche Maß an bitterer Altersweisheit, sündiger Lebenslust und trauriger Angst.

In der Neuen Szene wird der ehrenhafte Versuch gestartet, sich den Problemen von Einwanderern zu widmen. „Orpheus. Illegal“ des Ukrainers Juri Andruchowitsch stellt einen Schriftsteller in den Mittelpunkt, der sich als illegaler Einwanderer durch Westeuropa schlägt, auf einen EU-Kommissar trifft und von einer Agentin beschattet wird, immer auf der Suche nach seiner verlorenen Liebe. Regisseur Jan Jochymiski muss sich durch den schwachen Text kämpfen, Plattheiten kaum verhindernd. Statt Ursachenforschung wird Pseudo-Gesellschaftskritik betrieben. Wenn dies die derzeitige ukrainische Dramatik ist: Enttäuschend. • D. M.



Jung liebt Alt und umgekehrt - die Familie fürchtet um ihr Erbe. (Katharina Ley und Friedhelm Eberle)

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Zu später Stunde eine einmalige Fernsehausstrahlung, die nicht in den Programmankündigungen vermerkt war. Geschehen schon 1978 (!) mit Frank Beyers Film „Geschlossene Gesellschaft“.

(Der Regisseur starb jetzt nach langer Krankheit am 1. Oktober.) Wer glaubte, dass solche Programmänderungen nur dem Adlershofer DDR-Fernsehen vorbehalten blieben, wurde vor einer Woche belehrt.

Vom Hauptsendeplatz, dem üblichen Mittwoch-Filmtermin um 20.15, auf einen Spätsendeplatz an einem Freitag rutschte in der ARD der Fernsehfilm: „Wut“. Die Aufregung in der produzierenden WDR-Redaktion war groß, es gab Missfallensäußerungen. Andererseits sorgte das damit verbundene mediale Getöse nun erst recht für Aufmerksamkeit. Man darf den Proramverantwortlichen durchaus zutrauen, dass hier ein bisschen gepokert wurde. Es hat sich, zumindest statistisch, gelohnt: 2,67 Millionen saßen vor den Bildschirmen.

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Je später...

Von **MICHAEL ZOCK**

Im Vorfeld der Ausstrahlung bezichtigte Spiegel-Online „Wut“ als fahrlässigen Beitrag in der Integrationsdebatte. Das ist wahrlich Unsinn. Ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist ein brutaler Kitzbrocken. Er glaubt, bevor man mich prügelt, schlage ich deutsche Bürgerkinder. Mit Verlaub: Sich das anzusehen bereitet wirklich kein Vergnügen. Da gibts es durchaus Parallelen zu der schockierenden Tragödie „Funny Games“ des Österreichers Michael Haneke, wo ebenfalls eine Familie durch

zwei Jugendliche planvoll zu Grunde gerichtet wird.

„Wut“-Regisseur Züli Aladag wurde vor 40 Jahren in der Türkei geboren und kam als Kind 1973 in die BRD. Seine Medienkarriere begann 1989 mit einem Praktikum bei Roland Emmerich. Wer seine neueste Arbeit sieht, kann durchaus bemerken, dass er recht geschickt die Wechselwirkungen seines nicht einfachen Themas darstellt. Zwar ist der türkische Jugendliche brutal, doch der deutsche Vater eines terrorisierten Kindes ist in seinen Sichten auf die „Gastarbeiter und Entwurzelten“ auch nicht ganz ohne. Aber: Wir sahen einen „übertriebenen“ Kunstfilm und keine Dokumentation.

Die ARD schob nach der Ausstrahlung noch eine von Sandra Maischberger moderierte Diskussion nach. Da zeigte sich im Gespräch mit den jüngeren Leuten durchaus Sensibilität für das Thema. Weitere Termine sollten folgen, je eher, desto besser.

Glückszahl 13

Die Stadt Leipzig und all die Theatergänger aus nah und fern hatten 13 Jahre Glück mit ihrem engagierten, verzweifelten, klugen, visionären Schauspielintendanten Wolfgang Engel.

„Wenn ich über den ersten Obdachlosen vor meinem Theateringang stolpere, dann ist an unserer Kultur zu zweifeln!“, sagte er einmal. Wie verzweifelt und zweifelnd er auch in Leipzig war, wir konnten es registrieren.

Der Schweriner wird nun gehen, aus privaten, kulturpolitischen und künstlerischen Gründen. Er hat es so inszeniert, dass seine Mitarbeiter den Entschluss nicht aus der Zeitung, sondern von ihm erfuhren.

Wenn einer 2008 das 65. Lebensjahr erreicht, dann ist natürlich auch über vieles nachzudenken. Wolfgang Engel gibt keine Nachfolgeempfehlung. Leipzig sollte in dieser Hinsicht mal nach Senftenberg schauen ... • -CK

Der renommierte Ordinarius für Politikwissenschaft Kurt Sontheimer (1928-2005), dessen profunde Veröffentlichungen u. a. zu Thomas Mann, zur politischen Bildung, zum antidemokratischen Denken in der Weimarer Republik hohe Anerkennung fanden, beschäftigte sich in seiner letzten Publikation mit der Biographie Hannah Arendts.

Sontheimer zeigt, wie aus ihrem facettenreichen Dasein ein eigenständiges Denken erwuchs. Sie kreierte einen neuen theoretischen Ansatz als philosophische Politologin, nicht aus einem Guss, mit Widersprüchen.

Der Autor stellt uns Hannah Arendt in sechs Kapiteln vor. Beginnt mit ihrem außergewöhnlichen Leben und Denken als philosophische Essayistin, berührt ihre Eichmann-Kontroverse, stellt ihr persönliches Umfeld vor, registriert: Was bleibt?, schließt mit ihrem Vermächtnis. Es handelt sich um eine Studie, die sich unter den vielen Veröffentlichungen im Vorfeld des 100. Geburtstages von Hannah Arendt am 14. Oktober 2006 wohltuend abhebt. Der Autor setzt sich zum Ziel, das Bild dieser Frau, Jüdin und anerkannte Wissenschaftlerin, offen zu legen. Er versteht es als Würdigung der Arendt in Kompaktform, ihrer Erschwernisse, der sie begleitenden Kritik sowie polemischen Auseinandersetzungen. Ein Wunsch, der mit dem des Verlages einherging, der alle ihre Texte editierte. Aber was bisher fehlte, war eine orientierende Begleitschrift. Diese Lücke schloss Sontheimer.

Zwei Ratschläge waren Hannah Arendt von ihrer Mutter ans Herz gelegt worden: Das Bekenntnis als Jüdin zu wahren und sich gegen den nach 1918 um sich greifenden Antisemitismus zur Wehr zu setzen. Sie fand zeitweise den Weg zu der von Theodor Herzl begründeten zionistischen Bewegung, entwickelte dazu jedoch frühzeitig eigene Vorstellungen. So distanzierte sie sich von der zionistischen Idee eines eigenen jüdischen Nationalstaates, bezweifelte, dass dadurch der Antisemitismus zurückgedrängt werden könnte. Für sie war dieses Projekt mit dem im Heiligen Land lebenden Palä-

Hannah Arendt (1906 -1975)

Der Schock des Holocaust und die Totalitarismustheorie



stinensern unvereinbar. Sie befürwortete eine Art Föderation von Juden und Arabern.

Hannah Arendt studierte zwischen 1924 bis 1928 Philosophie, protestantische Theologie und griechische Philologie. Ihre einflussreichsten Lehrer waren Martin Heidegger, Edmund Husserl und Karl Jaspers. Mit Letzterem, als ihrem Doktorvater, verband sie eine lebenslange Freundschaft.

1933 mit Hitlers Machtantritt, zeitweise verhaftet und verfolgt, flieht sie im gleichen Jahr nach Frankreich und 1941 nach den USA. Dieses Land wurde zu ihrer zweiten Heimat. Hier entstanden ihre Publikationen, wird sie Anfang der fünfzi-

ger Jahre als Gastprofessorin wirksam.

Was sie am Ende der Weimarer Republik und des Triumphes der Nationalsozialisten wahrnahm, insbesondere dass nicht wenige Akademiker, wie Martin Heidegger, die neue faschistische Herrschaft als „Aufbruch“ bejubelten, empfand sie als ungeheuren Treuebruch. Das war ihr Anlass, nach den Ursachen zu fragen, politisch zu handeln: *Wahrheit und Politik, Macht und Gewalt, Gesellschaft und Politik*, wurden ihre Themen.

1951 erscheint in den USA ihre Totalitarismus-Abhandlung unter dem Titel: *Organs of Totalitarianism*. Es folgt 1955 die deutsche Ausgabe: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* als überarbeitete Fassung und mit einem zusätzli-

chen Kapitel *Ideologie und Terror*. Es war der Schock des Holocaust, um das Ungeheuerliche zu ergründen, industrielles Morden an Millionen Juden unvergessen zu machen.

Arendt untersuchte den Antisemitismus und den Imperialismus als Elemente totaler Gewalt, die unter bestimmten Verhältnissen zu totalitären Herrschaftsformen greifen können.

Ihre Analysen seien, so Sontheimer, „nicht empirisch, sondern eine idealtypische Zuspitzung“, die aber den Kern trifft. Die historischen Untersuchungen über das Dritte Reich bewegen sich weit entfernt von ihren Aussagen, in denen sie

den die Humanität bedrohenden, ja vernichtenden Charakter totaler Praktiken bloßlegte. Sie sah in den Konzentrationslagern „die konsequente Institution totaler Herrschaft ..., in der Menschen in Exemplare der menschlichen Tierart verwandelt (werden)“.

Dieses Werk hat bis in die Gegenwart tiefe Spuren hinterlassen, es wurde für sie zum Schlüssel ihrer späteren politischen Theorie. Eine wichtige Seite berührte die Frage, wie berechtigt und begründet es sei, das politische System Stalins in die Kategorie Totalitarismus einzubeziehen. Ein Streitpunkt, der bis heute existiert, zumal die zunehmende Ausrichtung dieser Doktrin im Kalten Krieg und nach 1989 als ideologische Waffe zur Delegitimierung des Staatssozialismus ausgerichtet war und ist.

Die Linke, aber nicht nur sie, hielten eine Gleichsetzung der beiden Systeme für unvereinbar und vermissten eine deutliche Differenzierung zwischen Sowjetmacht und Nazidiktatur.

Arendt war eine aufmerksame Beobachterin des politischen Geschehens, das seine Widerspiegelung in aktuellen Kommentaren fand. So rügte sie die Tendenzen in der Bundesrepublik, die Zeit nach 1933 auszuklammern. Die USA-Administration warnte sie vor dem „gefährlichen Mythos der Allmacht“. Ihre Wertungen des israelisch-arabischen Konflikts aus den 50er Jahren sind noch heute aktuell. Vieles bleibt notgedrungen ausgeblendet und muss dem Leser überlassen bleiben. Karl Sontheimer ist es mit seiner Schrift meisterlich gelungen, auf die deutsch-jüdische Denkerin Hanna Arendt neugierig zu machen, zumal Einseitigkeiten in der Hervorhebung ihrer Totalitarismustheorie zu einem gestörten Verhältnis zu dieser bedeutenden philosophischen Politikwissenschaftlerin und ihrer außergewöhnlichen Lebensgeschichte führten. So hat Sontheimer mit seinem letzten Buch ein anspruchsvolles Werk hinterlassen.

• HELMUT ARNDT

Kurt Sontheimer: *Hannah Arendt – Der Weg zu einer großen Denkerin*. Piper Verlag GmbH, München 2005 293 S., 32 Abbildungen, 19,90 Euro

„...wie überall hin die Leute verstreut sind...“

Walter Benjamins Exil-Adressbuch von 1933 – 1940 aus seinem Pariser Nachlass ist klein im Format von 7 x 4,4 cm. Eingebunden ist es in dunkelgrünes genarbt Leder. Gekauft hat er es bei der „Papéterie Imprimerie Souque“. Das Geschäft befand sich am Place de Rennes 14 im 14. Arrondissement von Paris. 74 Seiten umfasst es, aber nur auf 25 Seiten hat Walter Benjamin mit kleiner Handschrift die ihm wichtigen 71 Anschriften notiert, u. a.: Bert Brecht, Hanns Eisler, Gisèle Freund, Siegfried Kracauer, Rudolf Leonhard, Ernst Schoen, Egon Wissing und Kurt Weil ... Das „document humaine“ musste vom Format wie Umfang klein sein, damit es in seiner Hosentasche Platz fand, wenn es wieder einmal galt, mit wenig Gepäck erneut aufzubrechen. So ist es auch 1940, als Walter Benjamin, nach einer zweimaligen Internierung, vor den heranrückenden deutschen Trup-

pen aus Paris flieht. Der letzte Weg führt über Lourdes nach Marseille, von dort aus gelangt er zu Fuß nach Spanien. Von der Iberischen Halbinsel aus will er ins Exil in die USA. Vergeblich ist sein Warten auf die Dokumente im spanischen Grenzort Port Bou.

Am 27. September nimmt sich Walter Benjamin, vermutlich mit einer Überdosis Morphium, das Leben und wird auf dem katholischen Friedhof beerdigt. Seit 1993 erinnert an ihn in Port Bou eine Gedenkstätte.

Walter Benjamins Adressbuch des Exils, mit 25 faksimilierten Seiten des Originals, ist angereichert mit biografischen Notizen, Kommentaren und einem umfangreichen Personenregister.

• KARL-H. WALLOCH

Christine Fischer-Defoy (Hrsg.): *Walter Benjamin „... wie überall hin die Leute verstreut sind...“ Das Adressbuch des Exils 1933 – 1940*. Koehler & Amelang, Leipzig 2006, 240 Seiten, 24,90 Euro

Die Wahrheit – das letzte Opfer des Massenmords

Dirk Rupnow kennt sich aus mit den Spuren faschistischer Politik, die ihn schließlich für die vorliegende Arbeit die diskutierte Hypothese verfolgen ließ, dass die Nationalsozialisten nicht nur die totale physische Vernichtung der europäischen Juden geplant hatten, sondern ihre Opfer darüberhinaus aus Geschichte und Gedächtnis löschen wollten. Rupnow aber spricht von der Arisierung des Gedächtnisses, nicht von Gedächtnismord und findet unterschiedliche Strategien der Musealisierung, denn erst das „museale Sammeln und Ausstellen, Sammlung, Dokumentation und Forschung unter dem Titel der Judenforschung sowie fotografisches und filmisches Dokumentieren ermöglichten den Tätern die tatsächliche Ermordung der Juden sowie gleichzeitig die Konservierung des Jüdischen für ihre Repräsentationszwecke“. – Als fortdauerndes Feindbild.

Dieses Werk versteht sich auch als Mahnung an die Erinnerungskultur, nicht den Absichten der Täter ihren Strategien zu folgen. Was allerdings längst geschieht. Das aktuelle deutsche Fernsehen bietet zu Hauf unheilvolle Beispiele einer gefährlichen Erinnerungskultur. Mit all den Filmen über die Hitlers, Görings, Keitels, Sekretärinnen und



Geliebten schläfeln „objektive Historiker“ das Gewissen nicht nur ein, sie bedienen die Arisierung des Gedächtnisses.

• mw

Dirk Rupnow: *Vernichten und Erinnern. Spuren nationalsozialistischer Gedächtnispolitik*. Wallstein Verlag, Göttingen. 2005, 384 S., 32 Euro

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Hermann Danz

H. Danz, am 20. Oktober 1906 als Sohn einer Arbeiterin geboren, wuchs in Schmalkalden auf, wo er das Schmiedehandwerk erlernte. 1925 trat er der KPD bei und besuchte ab Ende 1928 die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Danach arbeitete er als Übersetzer für den Moskauer Rundfunk.

1931 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitarbeiter der KPD-Bezirksleitung Thüringen. Im Februar 1933 wurde er acht Wochen inhaftiert. Dennoch konnten die Nazis nicht verhindern, dass er im März in den Preußischen Landtag gewählt wurde. Seit März als Organisationssekretär der illegalen Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt tätig, wurde er im November 1933 erneut verhaftet und nunmehr zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er in einer Dessauer Druckerei 50 000 Exemplare einer Sondernummer des KPD-Zentralorgans *Die Rote Fahne* in Auftrag gegeben habe. Nach seiner Entlassung übernahm er die Leitung der illegalen Parteiorganisation im Bezirk Magdeburg-Anhalt.

Danz gelang es, die KPD-Organisation zu festigen und ihr Verbindungsnetz auszubauen, insbesondere zu Georg Schumann in Sachsen und Theodor Neubauer in Thüringen. Mit Hilfe von Martin Schwantes kam es zu einer Zusammenarbeit mit Anton Saefkow und Franz Jacob in Berlin-Brandenburg.

Nach der Gründung des NKFD im Juli 1943 versuchte er mit Erfolg, die Sabotagearbeit in der Rüstungsindustrie zu verstärken so wie Aufklärungsarbeit unter Wehrmachtangehörigen zu leisten und Hitlergegner verschiedener sozialer Schichten für die Beendigung des Krieges und für ein freies, demokratisches Deutschland zu gewinnen.

Am 8. Juli 1944 wurde Danz verhaftet und am 1. November zum Tode verurteilt. Am 5. Februar 1945 starben er und seine engsten Kampfgefährten Martin Schwantes, Fritz Rödel und Johann Schellheimer im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil.

In seinem letzten Brief an seine Frau Eva sprach er voller Hoffnung davon, dass sein bevorstehender Tod in einer Zeit erfolgt, in der „wir im Begriff stehen, eine jahrhundertlange Geschichte abzuschließen und ein neues Kapitel – das erste menschliche – zu beginnen“.

In der DDR war in Magdeburg der VEB Zuckerraffinerie nach ihm benannt. Ein für H. Danz in der Parkanlage Pfaffenbach in Schmalkalden errichteter Gedenkstein wurde 1994 von „Unbekannten“ zerstört. Die Gedenktafel an seinem Wohnhaus in Schmalkalden, Klinge 26, wurde vom Hauseigentümer entfernt. • **KURT SCHNEIDER**

Vor 55 Jahren, im Herbst 1951, verstärkten sich die Bemühungen der konservativen Kräfte der Bundesrepublik, im Einklang mit den Westmächten die Vorbereitung des Beitritts der BRD zur NATO und damit die Remilitarisierung Westdeutschlands zu forcieren. Dem diene die Suggestion einer drohenden Aggression aus dem Osten, einschließlich der DDR.

Vom 10. bis 14. September 1951 fand in Washington eine Konferenz der Außenminister der drei westlichen Großmächte statt, die dem Ziel diene, die Bundesrepublik Deutschland „auf der Grundlage der Gleichberechtigung in eine europäische kontinentale Gemeinschaft, die ihrerseits einer sich immer mehr entwickelnden atlantischen Gemeinschaft angehört“, einzugliedern. Es sollte ein Weg gefunden werden, die Mitwirkung der Bundesrepublik bei der „Verteidigung Europas im Rahmen einer europäischen Armee“ herbeizuführen, die der Organisation der Organisation der Nordatlantikaaten (NATO) unterstehen sollte. Die Ergebnisse der Konferenz wurden am 14. September 1951 in einer Drei-Mächte-Erklärung veröffentlicht. An erster Stelle wurde die Bereitschaft zur Beteiligung Deutschlands (BRD) an der „Verteidigung des Westens und der Wille zur Herbeiführung der Einheit Europas“ hervorgehoben. Die Beschlüsse der Drei-Mächte-Konferenz wurden von Konrad Adenauer „nicht nur für uns Deutsche, sondern für ganz Europa und die Welt von denkbar größter Bedeutung“ bewertet. Tatsache war jedoch, dass sich damit die internationale Lage drastisch zugespitzt hatte. Die anvisierte „Herstellung der Einheit Europas“ war eindeutig auf eine Wiederherstellung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse in Osteuropa und in der DDR gerichtet.

Fortan fanden parallele Verhandlungen über die „Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) und über einen „Generalvertrag“, auch als „Deutschlandvertrag“ bezeichnet, sowie über „Übergangs-, sogenannte Annex-Verträge“, die an die Stelle des Besatzungsstatuts treten sollten, statt. In der Präambel des Generalvertrages wurde festgestellt, „dass es das gemeinsame Ziel der Signaturstaaten ist, die Bundesrepublik ... in die europäische Gemeinschaft einzugliedern, die sich ihrerseits in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft einfügen wird“. Ferner befand sich im

Vor 55 Jahren: Die Bundesrepublik vertieft die Spaltung Deutschlands

NATO-Beitritt statt gesamtdeutscher Wahlen

Generalvertrag die Festlegung: „Die Bundesrepublik wird sich an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen“.

Die Eingliederung der Bundesrepublik in eine derartige Kräftekonstellation erfolgte unter den Bedingungen einer höchst bedrohlichen Weltlage. Der Kalte Krieg mit seinem eigentlichen Zentrum in Europa war im Juni 1950 zum heißen Krieg in Korea eskaliert. Dieser Krieg wiederum wirkte in hohem Maße aktivierend auf den Kalten Krieg in Europa, namentlich in Deutschland zurück. Die Gefahr eines Krieges in Europa hatte stark zugenommen. Bereits Ende Oktober 1950 war der CDU-Bundestagsabgeordnete Theodor Blank „Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung und Unterbringung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ geworden. Er erhielt eine eigene Dienststelle, Amt Blank genannt, und leitete ab 27. September 1951 die bundesdeutsche Sachverständigendelegation. Sein Amt wurde zum Kristallisationspunkt und zum Organisationszentrum zur Vorbereitung der Remilitarisierung Westdeutschlands. Aus diesem Amt ging später das Bundesministerium für Verteidigung hervor und Blank wurde am 7. Juni 1955 Bundesminister für Verteidigung.

Konrad Adenauer hatte als Kanzler am 15. März 1951 selbst das inzwischen eingeführte Außenministerium übernommen und bestimmte faktisch allein die Außenpolitik der BRD. Am 2. und 3. Oktober 1951 beriet er in Geheimverhandlungen mit den Hohen Kommissaren Frankreichs, Großbritanniens und der USA den Beitritt Westdeutschlands zur NATO. Die Fraktion der KPD im Bundestag stellte den Antrag, den Bundeskanzler zu ersuchen, den Inhalt aller geplanten ergänzenden Abkommen zum Generalvertrag diese Verhandlungen sofort zu veröf-

fentlichen. Ebenso sollte der Bundeskanzler verpflichtet werden, alle Verhandlungen zur Einbeziehung der Bundesrepublik in den Atlantikpakt zur Bildung einer Europaarmee oder anderer militärischer Vertragssysteme einzustellen. Dieser Antrag wurde jedoch von der Bundestagsmehrheit abgelehnt.

Demgegenüber setzte sich die Regierung der DDR für die Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung, die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Die Volkskammer der DDR appellierte an den Bundestag der BRD, sich für einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat einzusetzen, der die Vorbereitung der Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen sollte.

Doch die Regierungen der Westmächte und die Adenauer-Regierung setzten den Kurs der Teilung Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen sowie ihre Gegenüberstellung als feindliche Lager fort. Alle Gegenvorschläge wurden ignoriert und bekämpft, auch die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. Adenauer richtete die Spitze seines Kampfes gegen die energischen Befürworter eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands. Er ließ bereits 1951 die FDJ verbieten und strengte den Verbotprozess gegen die KPD an.

Dass sich die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO dennoch bis 1955 hinzog, war dem Widerstand der Völker, vor allem dem des französischen Volkes zuzuschreiben, das den Aufrüstungsweg über die so genannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft vereitelte.

• **KURT SCHNEIDER / WINFRIED STEFFEN**

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (44)

Die beiden Straßen in Kleinzschocher bzw. Schönefeld erinnern an den Leiter und ein Mitglied der in Deutschland wohl einzigen sowjetisch-deutschen Widerstandsorganisation.

Nikolai Rumjanzew wurde am 30. Dezember 1912 in Gatschina im St. Petersburger Gebiet geboren. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetarmee kämpfte er als Panzerfahrer gegen die Eindringlinge, fiel beim Kampf um Charkow verwundet in die Hände des Gegners, konnte sich gewaltsam aus der Gefangenschaft befreien und kehrte in seinen Heimatort zurück. Dort wurde er wenig später gemeinsam mit seiner Frau bei einer Razzia verhaftet und als Ostarbeiter nach Deutschland deportiert. Wochen später fand er sich im Ostarbeiterlager der Mitteldeutschen Motorenwerke (MI-MO) in Taucha wieder. Hier wurde er als Dreher zur Herstellung von Waffen und Munition

eingesetzt. Später wurde ihr gemeinsamer Sohn Kostja im Lager geboren, der ihnen jedoch durch die Wachmannschaften entrisen wurde.

Nikolai Rumjanzew tat seine von ihm geforderte Arbeit, damit er jeglichen Repressalien

Nikolai-Rumjanzew-Straße / Losinskiweg

aus dem Weg ging. Als er im Lager jedoch seinen zehn Jahre jüngeren Landsmann Boris Losinski kennenlernte, beschlossen beide, mehr gegen die Nazis zu tun. Sie sammelten Gleichgesinnte um sich und stellten Verbindungen zu den meisten Leipziger Lagern her. Um sich über die Lage an der Front und über Möglichkeiten des Widerstandes zu informieren, suchten sie auch Verbindungen zu deutschen Nazigegegnern. Diese fanden sie über den 13jährigen Sohn des Kommunisten Max Hauke, Karl Iljitsch. So entstand diese einmalige

Widerstandsorganisation. Rumjanzew floh aus dem Lager und ging in die Illegalität. Er lebte in der Laube der Familie Hauke und machte diese zu einem Treffpunkt von Hitlergegnern.

Am 31. Mai 1944 ging den

Wachmännern des Lagers für Ostarbeiter in der Antonienstraße ein „großer Brocken“ ins Netz. Sie verhafteten den Russen Nikolai Orlow. Bei der Leibesvisitation entdeckten sie Flugblätter, die die sowjetischen Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter in Leipzig und Umgebung dazu aufforderten, sich auf einen Aufstand gegen die Naziherrschaft vorzubereiten. Keiner kannte diesen Orlow, bis ein Verräter ihn als Nikolai Rumjanzew identifizierte. In den folgenden Wochen wurden 81 deutsche und sowjetische Antifaschisten verhaftet. Die Kriegs-

gefangenen und Ostarbeiter wurden ins KZ Auschwitz „überstellt“ und zum größten Teil umgehend erschossen. Zu ihnen gehörte auch Boris Losinski, von dem gegenwärtig nur bekannt ist, dass er am 26. Februar 1922 in Pawlograd

geboren wurde. Nikolais Frau Julia entkam auf abenteuerliche Weise in die CSR und überlebte. Die deutschen Antifaschisten Hauke, Ritter, Dr. Gietzelt und Schellenberg wurden vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt, konnten jedoch beim Bombenangriff vom 13. Februar 1945 auf Dresden entkommen und überlebten ebenfalls.

Neben den Straßennamen erinnert heute ein Gedenkstein in der Ratzelstraße an Nikolai Rumjanzew und seine tapferen Freunde.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Eigentlich hätte hier eine ausführliche Eloge für Erik Zabel stehen sollen, dem am Ziel der Straßenweltmeisterschaft in Salzburg – weil „nur“ Zweiter – wieder derart alberne Fragen gestellt worden waren: „Wie fühlen Sie sich als Zweiter?“ oder „Hätten Sie nicht lieber gewonnen?“ –, das man den Reportern die rote Karte hätte zeigen müssen. Man bedenke: 265,2 beinharte Kilometer mit einer atemberaubenden Steigung in jeder der zwölf Runden hatte der nicht gerade als „Bergfahrer“ ausgewiesene Zabel überstanden – was den Reportern übrigens lange entgangen war – und kämpfte sich, ein Rudel Favoriten hinter sich lassend, auf den letzten Metern in die alles entscheidende Ausreißergruppe und in der soll er den Sekundenbruchteil „verpasst“ haben, in der er angeblich hätte antreten müssen, um Weltmeister zu werden. Sagten und schrieben die Reporter. Immerhin wurde er Vizeweltmeister und jeder, der ihm danach begegnete, hätte ihm als erstes wohl herzlich gratulieren und nicht dämliche Fragen stellen sollen. Ich las in Zabels Gesicht die Fassungslosigkeit ob dieser Fragen und auch, dass er manche Antworten, die ihm auf der Zunge lagen, hinunterschluckte und nur mühsam: „Na, ja...“ grinste. Ja, über die Anstandsgrundregeln im Umgang mit Athleten, die eben eine WM-Silbermedaille errungen haben, hätte ich hier schreiben wollen, aber Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hinderte mich daran. Sport mag nämlich reizvoll und interessant sein, aber Politik hat auch im Sport den Vorrang. Worum es dem als Innenminister ranghöchsten Überwacher der Gesetze, Regeln und Sitten ging? Wieder mal um Ingo Steuer, seines Zeichens Eiskunstlauftrainer. Dem Eiskunstlauf-Europa- und Weltmeister und olympischen Bronzemedailengewinner von 1998 wird vorgeworfen, dem MfS der DDR Berichte geliefert zu haben. Das hatte niemanden allzu sehr gestört,

solange Steuer Medaillen und Titel für Deutschland holte, wurde aber moniert, als er unter die Trainer ging. So hatte der Innenminister ihn nicht als Trainer in der deutschen Olympiamannschaft Turin 2006 sehen wollen. Steuer hatte sich an das zuständige Gericht gewandt und die Männer in den Talaren entschieden: Der Mann hat das juristische Recht, bei Olympia zu agieren. Also fuhr er nach Turin und Schäuble musste damals seine Anti-DDR-Aktion vertragen. Ein Bundesminister hat natürlich genügend Berater, die ihn an derlei erinnern. Auch daran, dass er – im Namen der Kanzlerin? – das Geld für den Sport verteilt; einzahlen tun es die Steuerzahler. Ein Innenminister, der vor Gericht unterliegt, nimmt das nicht

Sportkolumne Von Zabel bis Baumann

widerspruchslos hin und deshalb teilte er dem Eiskunstlaufverband mit: Wird Steuer nicht gefeuert, fließt kein Cent mehr in die Eiskunstlaufkassen. Solche Mitteilungen liegen in der Nähe des § 253 des Strafgesetzbuches, weil sie die „Erpressung“ tangieren. Was hilft's? Der über Nacht bettelarme Eiskunstlaufverband entließ Steuer und tags darauf waren seine Konten wieder prall. Zeitungen wie *Neues Deutschland* meldeten: „Die Deutsche Eislauf-Union hat mit der endgültigen Distanzierung vom Stasi-belasteten Ingo Steuer ihre wirtschaftliche Existenz gesichert.“ Ist die Frage erlaubt: Sichert man hierzulande wirklich auf diese Weise Existenzen? Die *Süddeutsche Zeitung* war da deutlicher: „In den vergangenen Wochen hatte das BMI ... die Eislaufunion quasi erpresst.“ Das von Steuer betreute Paar Aljona Sawtschenko und Robin Szolkowy wurde vor die Wahl gestellt, entweder künftig in Chemnitz von einer Rusin oder in Chicago von einem Russen trainiert zu werden. Beide haben abgelehnt und ihre Anwältin bekräftigt: Dabei bleibt es! In der Geschichte des

Eiskunstlaufsports – die ersten Weltmeisterschaften fanden vor 110 Jahren statt! – ist der Fall beispiellos und wird es wohl auch bleiben. Die Anwältin sah die im Sport garantierte freie Trainerwahl eingeschränkt und sogar ein Berufsverbot tangiert. Sie erwog, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Das wartete allerdings noch auf einen Brief vom Berliner Kammergericht, denn das Olympische Komitee hatte nach der Entscheidung, Steuer nach Turin reisen zu lassen, Revision beim Kammergericht beantragt und verlangt, dass ein Hauptsachverfahren stattfindet. Die Richter lehnten ab. Als man Steuer nach der Entlassung daran hindern wollte, mit seinen Schützlingen zum Nebelpokal nach Oberstdorf zu reisen, traf man sich wieder vor Gericht und wieder entschieden die hohen Herren: Er darf! Dass er sich den Knöchel stauchte und die drei den Nebenkopel in den Wind schrieben, änderte den juristischen Sachverhalt in allerkeinsten Weise.

Und nun? Blicke dem Innenminister nur noch, den Justizminister zu veranlassen, augenblicklich die Gehaltszahlungen für die Richter einzufrieren, bis endlich das erwünschte Urteil gefällt wird.

Was sonst noch geschah?

Diese Rubrik las ich früher immer mit einiger Neugier. Vielleicht ging es Ihnen ähnlich. Sonst passierte nämlich noch, dass ein Boxkampf nicht abgebrochen wurde, der eigentlich hätte abgebrochen werden müssen. Sie erinnern sich vielleicht: Es ging um eine „Weltmeisterschaft“ – auch in dieser Gewichtsklasse gibt es mehrere – und der Titelverteidiger Arthur Abraham (gebürtig in Armenien, jetzt Besitzer eines deutschem Passes) brach sich in der vierten Runde den Kiefer. Der Arzt entschied auf Abbruch, der Trainer und die Manager waren anderer Meinung und der Boxer boxte weiter. Der Kampf dauerte noch acht Runden und erst dann konnten sich die Ärzte seiner annehmen und zwei Titanplatten in seinem Gesicht verschrauben. Was sonst noch passierte? Sein Trainer Ulli Wegener sagte: „Ihn nicht rauszunehmen aus dem Kampf hat sich ausgezahlt!“ Und allein darum ging's schließlich.

Und dann passierte auch noch, dass der wegen Dopings abgestrafte Langstreckenläufer Dieter Baumann zum Berater des Landessportbundes Baden-Württemberg berufen wurde. Und bei der Gelegenheit wurde daran erinnert, dass Baumann tatsächlich nie gedopt war, sondern ihm jemand von der „Stasi“ das Dopinggift in die Zahnpasta gemischt hatte. Womit wir wieder beim Bundesinnenminister angelangt wären.

Sport spricht alle Sprachen



Zu den interkulturellen Wochen in Leipzig fanden die unterschiedlichsten Veranstaltungen statt. Wie im Sommer, als ausländische Fußballer „bei Freunden zu Gast“ waren, gab es ein Hallenfußball-Turnier im Rahmen des Programms „Integration durch Sport“. Dieses Turnier richtet sich vor allem an den Breitensport. Weshalb auch die Teilnahme der Leipziger Fußballvereine, die in den verschiedenen Ligen des Sächsischen Fußballverbandes spielen, nicht zu erwarten war. Leipziger Medienvertreter oder gar Zuschauer waren leider ebenfalls nicht zu sehen.

So gingen elf Mannschaften aus



sieben Vereinen weitgehend allein mit ihren Betreuern, Begleitern und den Organisatoren des Turniers in den Wettkampf. Die Mannschaften, die vorrangig aus ausländischen Spielern bestanden, kämpften, als ginge es um einen Meistertitel. Im fairen Wettstreit fielen in den 27 Spielen 82 Tore, bis der Sieger des Pokals „Sport spricht alle Sprachen – Integration durch Sport“ feststand.

Die Sportfreunde der ersten Mannschaft von Rybka gewannen im Finale gegen den SV Makkabi klar mit 3 : 0 den Pokal.

• RALF FIEBELKORN

Neues aus dem Friedensfahrtmuseum



Foto: Schäfer

Die erste Etappe ist fast geschafft: Im neu entstehenden Friedensfahrtmuseum in Kleinmühlingen wird Richtfest gefeiert.

Am kommenden Freitag wird Gustav Adolf Schur den letzten Nagel ins Gebälk schlagen. Danach beginnt der Innenausbau, der voraussichtlich im Frühjahr 2007 abgeschlossen sein wird. Der Wunschtermin für die Eröffnung des neuen Museums ist laut Museumsleiter Horst Schäfer Mai 2007, anlässlich der 59. Friedensfahrt. Die-

sen Termin zu halten, ist für die Mitglieder des Fördervereins Ehrensache.

Unter den vielen Besuchern des alten, inzwischen viel zu klein gewordenen Museums, gibt es im Zusammenhang mit der Neueröffnung einen Traum, der vielleicht Wirklichkeit werden könnte. Sie meinen, die Gemeinde Kleinmühlingen habe es verdient, Etappenziel einer Friedensfahrt-Etappe oder mindestens Ort einer Spurtprämie im nächsten Jahr zu sein.

• R. F.

Im Wesentlichen stimme ich dem Autor des Leserbriefes in LN 17' 06 „Deutschland steht stramm“ zu. Dennoch ... Die BRD entwickelt sich nicht *nach und nach* in einen kriegslüsternden Staat, sie war immer ein solcher. Nur war sie bis 1990 an die Kette der historischen Realitäten gelegt und konnte so ihr Wollen nur sehr indirekt unter den Fittichen der USA und der NATO verwirklichen. Sie musste sich einfach zügel. Jetzt, nachdem die nicht zu unterschätzende Militärmacht des Sozialismus nicht mehr existiert, ist der Weg frei für jede Art Verwirklichung aggressiver Politik, bis hin zum offenen Vertragsbruch (siehe Flughafen Leipzig/Halle und 2 + 4). Wir dürfen nicht übersehen, es geht um eine „Neuaufteilung“ der Einfluss-Sphären zu Gunsten der USA, an denen Deutschland unbedingt teilhaben will, und um die unbedingte Sicherung

BRD war schon immer kriegslüsternd

des ungehinderten Zugriffs auf die Weltrohstoffreserven. Die BRD würde das liebend gerne alleine tun, wenn sie die USA denn ließen. Also dient sie sich als Hilfspolizei den USA mit dem Ziel einer stärkeren Beteiligung an den Ergebnissen deren Politik an.

„Die Verteidigung der Bundesrepublik“, so der frühere Verteidigungsminister Struck, „beginnt heute am Hindukusch“ – solche und ähnliche Aussagen sollen begründen, warum sich nahezu 20.000 deutsche Soldaten in 22 Ländern der Erde aufhalten. Und täglich werden es mehr. Während die Regierung der Öffentlichkeit offerierte, dass 500 Soldaten in den Kongo gehen sollen, um angeblich „die

ersten freien Wahlen zu schützen“, waren es bald 800 und keiner hat gesagt, dass schon ein paar hundert Soldaten in Gabun bereitstanden. 700 Soldaten, hieß es anfangs, sollen in den Libanon und inzwischen spricht der Verteidigungsminister schon von 1500 Mann. Was ist die Wahrheit?

Damit beantwortet sich auch die Frage, wo denn das Geld bleibt, das den ausgeplünderten Rentnern, den geschundenen Kraftfahrern durch willkürliche Erhöhung der Kfz-Steuer und nicht mehr nachzuvollziehenden Benzinpreisen abgepresst oder den hilflos ausgelieferten Hartz-IV-Empfängern vorenthalten wird.

ERICH ROTT, VIERNHEIM

Die Teilnehmer des gesundheitlichen Forums „Stirbt früher, wer arm ist? – Gesundheitspolitik im Geiste des Neoliberalismus und alternative Strategien“ vom 26. September 2006 unterstützen in vollem Umfang das Konzept einer sozialen und solidarischen Bürgerversicherung unter dem Motto: „Eine für alle, statt jeder gegen jeden!“

Diesen Standpunkt begründeten sie in einer *Leipziger Erklärung*, in der es weiter heißt:

„Mit der bereits vollzogenen Preisgabe der paritätischen Finanzierung in die Krankenversicherung und der unverhohlenen weiteren Umverteilung von unten nach oben stirbt nicht nur das Grundrecht auf Gesundheit für jedermann – nein, wer arm ist im reichen Deutschland, der stirbt nach jüngsten Untersuchungen auch früher!“

So erklärte der Institutsleiter für

medizinische Psychologie der Universität Leipzig: „Wer mehr als zwei Jahre arbeitslos sei, hat statistisch sogar ein viermal höheres Sterberisiko.“

Mit den radikalen Methoden einer so genannten Kostensenkung im neoliberalen Geiste verabschiedet sich die Bundesregierung von ihrem Verfassungsauftrag der Sicherstellung öffentlicher Daseinsvorsorge und öffnet dem am Profit orientierten Markt ungebremst den Zugang zum Menschenrecht auf Gesundheit. Betroffen von dieser Politik sind nicht nur die Kranken, Behinderten und ältere Bürger – betroffenen sind alle gesetzlich Versicherten ebenso wie die im Gesundheitswesen beschäftigten Mitarbeiter.

Es ist höchste Zeit, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten! Widerstand ist angesagt und gewinnt an Kraft: Bei den Streiks und Protesten in Kliniken und Krankenhäusern hat er bereits begonnen. Einen weiteren Höhepunkt setzt am 21. Oktober der bundesweite Aktionstag von DGB und sozialen Bewegungen. Steht auf und geht auf die Straße! Setzt am 21. Oktober ein machtvolleres Zeichen gegen die Politik gegen uns: „Das geht nur anders!“ – aber nicht von allein.

Die Veranstalter und ihre Gäste:

ver.di Leipzig/Nordsachsen, Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V., AG „Soziale Politik“ in und bei der Linkspartei.PDS-Leipzig.

Steht auf!

Setzt ein Zeichen am 21. Oktober in Berlin

Zu: LN 19 '06: Tarife kein Thema

Realität war anders

Herr Bloch scheint etwas unter Realitätsverlust zu leiden. Zu dieser Anhörung waren in erster Linie die Stadtbezirks- und Ortschaftsräte der Linkspartei und am Thema Interessierte eingeladen. Ich nutzte die Gelegenheit, um zu erfahren, wie sich die LVB entwickelt hat und was in der Perspektive geplant ist. Dieser Teil war recht sachlich und verständlich für alle. Klar, dass im Diskussionsteil Fragen zu den Tarifen Priorität vor der Streckenentwicklung hatten.

Gegen eine kritische Diskussion hätte sicher keiner der im Saal Anwesenden etwas. Es kam jedoch anders, und das hat mich als Mitglied oben genannter Partei und nicht nur mich, entsetzt. Herr Bloch bemerkt, dass viele Montagsdemonstranten in den Saal kamen. Nun, es war nur eine gute Hand voll. Bewusst provozierend reckten sie ihre Plakate in die Höhe. Als niemand darauf reagierte, verteilte einer auffallend störend Handzettel. Dann mischte man sich lautstark in den Frage-Antwort-Dialog ein. Es wurde eigentlich nur noch gebrüllt und krakeelt.

Der gesamte Frust der persönlichen Notlage wurde entladen. Die Veranstaltung wurde als Mittel zum Zweck benutzt.

Ich möchte nicht missverstanden werden. Das Anliegen der Demonstranten ist nur allzu verständlich. Auch mein Ehemann hat seinen Arbeitsplatz verloren. Es muss jedoch möglich sein, gewisse Regeln des Umgangs miteinander zu wahren.

OrganisatorInnen der Montagsdemo saßen – über den Tumult breit lächelnd – dabei und taten nichts, um ihrem Anliegen ein letztes Maß an Würde zu geben. So gewinnt man keine Sympathisanten für sich. Da diese OrganisatorInnen Mitglieder eben dieser und meiner Partei *Die Linke.PDS* sind, war diese Situation umso peinlicher und beschämender. Es ist an der Zeit, dass sich die OrganisatorInnen der Montagsdemo verstärkt Inhalten widmen. Das kann durchaus lautstark sein. Ich empfehle auch, eigene Meinungen einzubringen. Aber ich würde mich nicht als Sprachrohr für andere missbrauchen lassen.

CHRISTINE HALLE, LEIPZIG

Ein argloser Papst?

Die Sicherheitsvorkehrungen für den Papstbesuch sind längst wieder aufgehoben, die Gullydeckel entsiegelt. Trotzdem geht das Spektakel um und mit dem Papst ununterbrochen weiter. Nachdem auf sechs TV-Sendern gleichzeitig die Ankunft des Papstes in Deutschland, auf sechs TV-Sendern gleichzeitig eine Messe übertragen wurde, gab es nichts Wichtigeres, als jeden Schritt Benedikts mit mehr oder weniger intelligenten Kommentaren zu verfolgen. Z.

B.: „Der Papst spricht sehr verständlich.“

Das bekommen Gottes Stellvertreter und die restliche Welt, vor allem die Muslime, gerade zu spüren. Hat der studierte Benedikt vergessen, dass das Christentum fast ausschließlich mit Feuer und Schwert missionierte? Unwissenheit kann bei der Auswahl des Zitats des byzantinischen Kaisers aus dem 14./15. Jh. nicht der Grund gewesen sein. Welche Absicht verfolgte also der Papst mit seinen Äußerungen in dieser ohnehin aufgeheizten Stimmung zwischen Islam und Christentum?

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

ES WIRD HIERZULANDE WENIGSTENS FÜR DIE WANDERER

was getan. Das musste mal gesagt werden. Zum Beispiel in Rheinsberg. Berühmt gemacht hat die Stadt Kurt Tucholsky. Inzwischen hat man sich dort auch noch eine Kammeroper zugelegt und die genießt einen exzellenten Ruf. 1999 feierten sie dort den hundertsten Jahrestag der Ankunft des ersten Eisenbahnzuges. Zur Feier dieses Tages war auch ein „Double“ des Tucholsky-Paares Claire und Wölfchen von Berlin nach Rheinsberg gefahren. Die Musik spielte, die Gläser klangen und niemand ahnte, dass kein elftes Jahrzehnt vergehen würde, bis man die Bahnlinie „ausdünnen“ und nur noch an den Wochenenden befahren würde. Aber: Ruhe bewahren! Putlitz ist – für Wanderer – noch besser dran, dort soll nie wieder ein Zug halten. Das Fernsehen hatte den Stationsvorsteher gefilmt und seine bittere Abschiedsrede, aber ich sage immer: Die Leute sollten auf den Bundespräsidenten hören und die Dinge optimistisch sehen. Keine Züge mehr? Also

Rheinsberg, Adlon, Bush u.a.

geben wir uns den berühmten „Ruck“ und schnüren die Wanderschuhe!

WIR WOLLTEN NICHT GLAUBEN, was man uns in Königs Wusterhausen erzählte, deshalb machten wir uns auf den Weg. Also: Über den Nottekanal am Hafen von Königs Wusterhausen hatten sie eine neue Brücke gespannt. Und natürlich mit dem entsprechenden Zeremoniell „geweiht“: Ein bunter Knopf, auf den die von Kameras umringten Obrigkeiten drückten, um allen zu signalisieren: Bürger, seht die neue Brücke! Sekt floss und danach stiegen die Obrigkeiten auf einen Dampfer, der (wieder Kameras) unter der neuen Brücke hindurchfuhr, stiegen wieder an Land, tranken, was noch in den Flaschen war und rollten heimwärts. Sie waren noch nicht zu Hause angelangt, als die Brücke verdächtige Geräusche von sich gab und was dann geschah, las sich amtlich so: Durch ein „einseitiges unkontrolliertes Abrutschen der Brücke vom Schwimmponton“ sei es zu einer Havarie gekommen. Ob man die Brücke wieder „hinbiegen“ kann, wusste

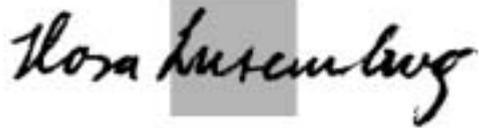
niemand so genau. Warum der Wanderer die missliche Geschichte überhaupt erzählt? Weil sich die misslichen Geschichten häufen. Natürlich war es politisch richtig, den Palast der Republik abreißen zu lassen. Zugegeben, niemand weiß, wie man die Ärzte bezahlen soll, aber die Millionen für den Palast schienen allen (die was zu sagen haben) wichtiger. Plötzlich entdeckte man Asbest, wo man keinen vermutete, obwohl eine Rückfrage bei der Firma, die ihn einst auftrug, alles hätte klären können. Nun steigen die Kosten noch mal um die zwanzig Millionen – immerhin Jahreszahlungen in Höhe von 1000 Euro für 1667 Ärzte. Ein Jahr länger wird es auch dauern, und in dem Jahr wird man von neuen Mehrkosten erfahren.

Die Brückenmisere und der aufwändige Palastabriss seien Einzelbeispiele? Irrtum! Als wir durch Bad Doberan kamen, erzählten sie uns von der neuen Südstadt-Bibliothek, in die man „versehentlich“ falsche Fenster eingesetzt hatte, immerhin 2300 qm. Der Schaden liegt bei die 500.000

Euro. Man hat allerdings Glück: Die Leute reden kaum darüber, sondern viel mehr darüber, dass der frühere Direktor des feudalen Kempinski-Hotels – jetzt leitet er das Berliner Adlon – für das MfS tätig war. Nicht, dass wir Wanderer daran Anstoß nehmen würden, es fiel uns nur einmal mehr auf, dass auch viele fähige Leute für das MfS tätig gewesen sein müssen. Man bedenke: Adlon – da hatte die britische Queen übernachtet. Das mit den fähigen Leuten darf man ja sonst nicht sagen, geschweige denn schreiben. Aber in diesem Fall. Inzwischen hat der Exdirektor natürlich seinen „Rücktritt“ unterschrieben. Ordnung muss herrschen, auch im Adlon. Ob fähig oder nicht!

ALS WIR DURCH STRALSUND zogen, erfuhren wir, dass man dort einen verkaufsoffenen Sonntag abgehalten hatte. In den Zeitungen stand: „Ersatz-Sonntag für Umsatz einbußen“, und sprachlos stauend erfuhren wir, dass die Innenstadthändler dabei den Verlust wettmachen sollten, den sie erlitten hatten, als man wegen des Bush-Besuchs die Stadt zugeregelt hatte. Die Kommentare der Händler waren allerdings nicht druckreif.

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 10. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
George Sand und Heinrich Heine. Mit Dr. Kerstin Wiedemann, Saarbrücken. In Zusammenarbeit mit Louise-Otto-Peters-Gesellschaft und Lisa Leipzig ***

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10
Mittwoch, 11. Oktober, 16.30 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Diskussion: *Kollektiverziehung in formellen und informellen Gruppen und die Schüler selbstverwaltung.* Mit den Autoren Prof. Dr. Alexander Bolz, Leipzig, und Dr. Jörgpeter Lund, Potsdam
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 11. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz
Freiheit und Verantwortung. Mit Prof. Dr. Kurt Reiprich, Leipzig. TU Chemnitz, Turmbau, Reichenhainer Str. 70, HS B003

Donnerstag, 12. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung: *Die Krise der Demokratie.* Mit dem Autor Prof. Dr. Werner Bramke, Leipzig. In Zusammenarbeit mit Verlag Faber & Faber Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Freitag, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Leipzig
 Arbeitstagung des Osteuropa-Arbeitskreises: *Osteuropakunde an der Universität Leipzig und an anderen Hochschulen der DDR.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt, Dr. Volker Hölzer, Leipzig, Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Leipzig, Prof. Dr. Willi Beitz, Leipzig, Dr. Sonja Striegnitz, Berlin, Prof. Dr. Horst Schützler, Berlin, und Dr. Thomas Krause, Halle. Teilnahmegebühr: 5 Euro ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 17. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Der „deutsche Oktober“ 1923 – verpasste Gelegenheit oder revolutionäre Illusion?* Mit Dr. Harald Jentsch, Frankfurt/Main ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 18. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: *Der „deutsche Oktober“ 1923 – verpasste Gelegenheit oder revolutionäre Illusion?* Mit Dr. Harald Jentsch, Frankfurt/Main ***
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 18. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Marxismus und Psychoanalyse – Der sekundäre Krankheitsgewinn als Scharnier zwischen den Funden Marx' und Freuds.* Mit Dr. Fritz Erik Hoevens, Freiburg. ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 18. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Kuba, die USA und die Menschenrechte – Staatsterrorismus in der Karibik.* Mit Horst Schäfer, Journalist, Berlin, und Singclub „Che Guevara“, Dresden. In Zusammenarbeit mit Cubasi, Leipzig, IG ver.di und IG Metall, LinXXnet, attac Leipzig u. a. Gewerkschaftshaus, ver.di-Saal, Karl-Liebknecht-Str. 30

Mittwoch, 18. Oktober, 19 Uhr, Dresden
 Vortrag und Diskussion: *Bedarf es einer deutschen Leitkultur?* Mit Prof. Dr. Ronald Löttsch, Berlin ***
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.



Meine Dienstleistungen

- Malerarbeiten, farbliche Raumgestaltung
- Bordüren, Dekore, alte Maltechniken
- Wandmalerei, z. B. Küche, Bad, Kinderzimmer, Fassade
- passende Bilder zum neuen Wohndesign
- ein Tierporträt für Tierfreunde z. B. als Geschenkidee

Malerei Maritta Brückner

Rosenowstraße 28 e
 04357 Leipzig
 Tel.: 0177/7254505
 Fax: 0341/6013281

Unser Genosse

Gerd Vogel

wird am 11. Oktober

65 Jahre alt.

Wir gratulieren sehr herzlich und wünschen ihm Gesundheit und Wohlergehen. Herzlichen Dank für deine hohe Einsatzbereitschaft und unermüdete Arbeit.

Deine Genossinnen und Genossen der Linkspartei.PDS Basisorganisation Löbzig III

Bellmann liest – Lindenau antwortet

Der Schauspieler Dieter Bellmann liest aus dem Buch des bekannten Leipziger Herzchirurgen Prof. Dr. Lindenau

Ungebührliche Betrachtungen eines Mediziners. Eine Rückblende.

Am 21. Oktober, 15 Uhr,

stellt sich der Autor, der wegen Staatsnähe auf rüde Art und Weise von der sächsischen Landesregierung entlassen wurde und nach Bayern ging, den Fragen des Publikums im **Bürgerverein Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a.**

Eintritt: 8 Euro.
 Buchverkauf (14,90 Euro) und Signierstunde

Initiative

Christliche Linke

9. Oktober, 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Vortrag von Dr. T. Arndt: *Das Judentum: Nation und Religion?*

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter



Ich bin bei LN die einzige
 Zeitungsentente

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
 Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Denkt doch, was ihr wollt

1. Der/die hat keinen Charakter, aber Geld. Wer oder was ist er/sie?

- a) ein Schwein/eine Sau, weil Spekulant/in oder Sozialschmarotzer/in;
b) ein/e Betrüger/in;
c) ein/e Schwarzarbeiter/in.

2. Dieser Staat ist demokratisch. Wer oder was repräsentiert ihn?

- a) der Bundestag und andere von Verantwortung Gequälte;
b) das Volk, das alles mitmacht, notfalls mit Mumpeln in Afghanistan und anderen amerikanisch/deutschen Provinzen rumzurotzen bereit ist;
c) das Kapital.

3. Angela Merkel ist eine nette Frau. Warum?

- a) weil sie aus Mecklenburg-Vorpommern stammt, wo ich gern mal wieder mit dem Faltboot Urlaub machen möchte, und wo ich (in Großnemerow bei Neustrelitz) mal 'ne Käthe liebte, in 'ner schilfbedeckten Kate, Romantik pur;
b) weil sie Heim- und Herdverbundenheit verriet, als sie mal als damalige Bundesumweltministerin im Zusammenhang mit einem möglichen atomaren Supergau plauderte, jede Hausfrau kenne das doch, „dass mal etwas Backpulver daneben geht“;
c) weil sie mit Chirac charmant Bussi machte, Jelzin, äh - Putin höflich anlächelte und von Bush, dem geilen Bock, geliebt wird;

4. Die Arge gratuliert zu Bewilligung und Antritt einer ABM. Dort lernt man Leute kennen. In der Truppe ist einer, der trägt ein T-Shirt mit der runigen Aufschrift „Utgard“. Was tut man?

- a) im Lexikon nach der Gefolgschaft von Wotan forschen, um zu erfahren, dass es sich um ein außerhalb der Menschenwelt liegendes Reich der Riesen handelt, die, begleitet von halbdomestizierten Wölfen, mit Geren gegen fürchterliche Feinde bewaffnet, durch noch fürchterlichere Eis- und Schneewüsten ziehen, im hohen Norden, da in Niflheim, wo Hel die toten Recken betreut?
b) dem Typ gegen 's Schienbein latschen?
c) unbedingt an der nächsten Antifa-Demo teilnehmen und „Nazis raus!“ brüllen?

5. Ich freue mich auf die nächste Wahl. Warum?

- a) weil ich Angie liebe (das mit Chirac verzeihe ich ihr, war doch bloß Weiberdiplomatie);
b) weil ich zu jedem Staatsfurz meinen Senf abgeben muss, qualifiziert oder eben nicht so sehr qualifiziert, ist halt so 'ne Manie;
c) weil ich 'ne feuchte Wohnung habe, wenn überhaupt, und es im Wahllokal von freundlichen Leuten nur so wimmelt und angenehm warm ist.

6. Auf Arbeit (ABM natürlich, was denn sonst?) halte ich die Schnauze. Warum?

- a) weil sowieso alles nichts hilft;
b) weil 'ne verbrannte Schnauze wehtut und nichts mehr schmeckt;
c) weil ich da ein politischer Embryo kurz vor der Abtreibung bin.

7. Warum gehe ich überhaupt noch zur Arbeit?

- a) weil ich Knete und was zu essen brauche;
b) weil ich hochmotiviert, also arbeitsgeil bin;
c) weil ich für Geld allen Charakter vergesse.

8. Ich schreibe gern mal 'n Artikel, auch mal 'n tief sinnigen Leserbrief für BILD, wohl wissend, dass die den wegen Schwachsinn sowieso nicht bringen. Warum?

- a) weil sowieso alles sinnlos ist;
b) weil ich Scriptomane bin;
c) weil ich jemandem eins auswischen will, aber es mir in direkter Konfrontation nicht getraue;
d) weil ich glaube, sowieso den besseren Durchblick als alle anderen zu haben;
e) Ach so: Meine Meinung ist sowieso die einzig richtige.
f) Oder ich laß' die Schreiberei besser sein.
g) siehe Punkt 5 b.

Liebe, Raterin lieber Rater, kreuzen Sie alles an oder auch nichts. Ist alles nicht so ernst gemeint, aber bei vollem Bewußtsein, klarem Verstand und gutem Zustand dahin gedacht.
Aussprache nicht nötig, weil zwecklos.

• **EKKEHARD FRITZ**

Der besondere Klick



So ändern sich die Zeiten.
Einst im Angebot:
Feine Fleisch- und Wurstwaren.
Jetzt an der gleichen Theke:
Futterfleisch.
Wie spottet doch der Volksmund:
Besser eine Laus im Kraut, als gar kein Fleisch.

• EIN KLICK VON D. M.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Wenn wir schon unbedingt sterben müssen – warum müssen wir dann vorher auch noch alt werden.

Schriftsteller Daniel Kehlmann (*1975)
ND 23. 9.

Die deutschen Schulen stecken in der größten Krise des Lehrermangels seit 30 Jahren.

ZDF 24. 9.

Ehrlichkeit in Verbindung mit Scheitern ist das größte Tabu in der Politik.

Welt am Sonntag 24. 9.

Dass Ost und West lernen, konfliktfrei zusammenzuarbeiten, ist ein Verdienst der Linkspartei.

Tagesspiegel 24. 9.

Das ist ein Schlag ins Gesicht. Leipziger Initiativen gegen Rechts müssen ums Geld ringen.

Wochenkurier 27. 9.

Der Osten holt nicht auf, er blutet aus.

DLF 28. 9.

Eine Kamera kann nicht lügen, aber Lügner können durchaus fotografieren.

DLF 28. 9.

89 869 neue Bücher im Jahr sind genug. Wir fordern Stilllegungsprämien gegen die Bücherflut.

Das Magazin Oktober 2006

Die Menschen spüren intuitiv das Ausmaß an Scheinheiligkeit, Egoismus und Opportunismus in einem Dienstleistungsmarkt, der nur eigenützige Interessen verfolgt. Sie suchen nach Geborgenheit im Sozialen, nach neuer Mitmenschlichkeit und lebendiger Gemeinschaft. Und sie empfinden, dass dies ihrer Gesundheit am stärksten nützt.

Gesundheitsberater Dr. Ellis Huber
ND 30.9./1.10.

Dass ein Ereignis wie Hartz IV Antworten im Parteiensystem findet, ist doch nicht überraschend. Die westdeutsche Antwort war die Gründung der WASG, die ostdeutsche besteht darin, dass sich die Rechtsaußenfolge stabilisieren, während sich der Stimmenzuwachs der PDS, den es auch gegeben hat, eben nicht stabilisierte.

Freitag 30/2006

ENTDECKT VON
MICHAEL ZOCK

ENTLARVEND sind häufig Traueranzeigen, die die politische Haltung wie die Heimat der Unterzeichner mitteilen. So auch im Nachruf für Joachim Fest am 15. September 2006 in der FAZ.. In der Anzeige im Feuilleton der Tageszeitung heißt es „Wir trauern um unser Kuratoriumsmitglied und den Hildegard-von-Bingen-Preisträger für Publizistik Joachim Fest. Wir werden sein Wort vermissen.“

Unterzeichnet haben in alphabetischer Reihenfolge: Maybrit Illner, Gabriele Krone-Schmalz, Sandra Maischberger, Helmut Ahrens, Joachim Kaiser, Walter Kannengießer, Claus Kleber, Helmut Markwort, Otto W. Müller, Michael Rumpf, Walter Seidel, Harald Schmidt, Peter Scholl-Latour, Gerhard Stadelmaier, **Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz**, Kuratorium Hildegard-von-Bingen-Preis für Publizistik
Nur - von den Aufgaben der Landeszahnärztekammer in den Printmedien, Rundfunk und Fernsehen war bis dato wenig bekannt. Da müsste man mal nachbohren!
• **K-H.W.**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

2. Oktober

Die nächste Ausgabe erscheint am

20. Oktober

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40